

Textilarbeiter-Zeitung

für die Interessen der Textilarbeiter und -Arbeiterinnen aller Branchen.

Organ des Zentralverbandes
christlicher Textilarbeiter Deutschlands.

Redaktion: A. Seutmann in Düsseldorf 51,
Corneliusstr. 66. Berichte, kleine Beiträge u. s.
zunächst an den betr. Bezirksvorsitzenden einzusenden.
Sämtliche Beiträge müssen bis Montags abends bei
der Redaktion in Düsseldorf eingegangen sein.

Die „Textilarbeiter-Zeitung“ erscheint jeden
Samstag und kostet vierteljährlich durch die Post
bezogen 3,- M. Expedition und Druck von
Joh. van Allen in Krefeld, Duth. Kirchstraße 66.
12322222 Fernsprech-Nr. 1358.

Nr. 4. Telegramm-Nr.: Textilverband Düsseldorf. Düsseldorf, den 25. Januar 1908. Fernsprech-Nummer 4423. 10. Jahrgang.

Der beendete Kampf im Krefelder Industriebezirk.

Der Kampf ruht; die streikenden Parteien haben Waffenstillstand geschlossen auf unbestimmte Zeit. Krefeld zeigt wieder sein gewöhnliches Gesicht. Die Starr in die Luft ragenden Fabrikfabriken qualmen wieder wie vor fünf Wochen und überziehen den hellblauen Winterhimmel mit langen Strömen dicken Rauchs. Der Webstuhl klappert wieder sein altes monotones Webedied; die Nennien summen den Takt dazu. Und zwischen den Stühlen und Nennien eilen die Arbeiter wieder geschäftig hin und her, stets in leichtem Trab, Schützen fangend, Fäden bindend. Und wenn es nicht will, wie es soll, dann flüßt sich wohl ein schwacher Fuch über die Lippen in besonderer Erinnerung an die beendete Aussperrung. Sie mußten ja wieder in die Fabriken, weil der Kampf nutzlos war; sie folgten schließlich den Weisungen ihrer Führer, manche mit innerem Widerwillen. Am 7. und 8. Januar zogen durch die geöffneten Fabrikstore die früheren Gestalten, an Mut, an Hoffnung und Zuversicht vielleicht ärmer — aber um so reicher an Erfahrung.

In dem Kampfe sind die Arbeiter unterlegen. Konnte es denn anders kommen, als es gekommen ist? Wenn allein die Frage entscheiden sollte, ob es berechtigt war, was die Arbeiter wollten, — dann ja! Aber es war ein Kampf! Im Kampfe gewinnt, wer die Macht hat, der will die knifflige Kluge Strategie zu seinem Gunsten zu verwenden weiß. Bessere Strategen müssen unsere Arbeiter sein. Was muß dem stärksten Meer seine Macht, wenn es sich vom Feinde in eine Seitengasse drängen läßt, wenn es nicht zu überlegen, nicht seine Macht zur richtigen Zeit anzuwenden und nicht den Gegner an der schwächsten Stelle zu fassen versteht? Was nützt eine Macht, wenn sie nicht geschlossen, nicht organisiert, nicht diszipliniert, auf Anweisung der Führer vorgeht? Der Streik der Krefelder Stoffweber wurde begonnen ohne Wissen der Verbandsleitung — erst nachträglich hat unser Zentralvorstand seine Genehmigung gegeben — er sollte durchgeführt werden gegen den Willen der Verbandsvorstände. Damit war sein Schicksal besiegelt!

Wie konnte es denn so kommen?
Wir könnten jetzt ein Donnerwetter loslassen auf den sozialdemokratischen Textilarbeiterverband bezogen. Wir wollen es nicht tun, obgleich umgekehrt von sozialdemokratischer Seite daselbe gewiß geschehen würde. Das schalte nur so durch den sozialdemokratischen Väterchen von Arbeitererrat und Schürze der „Christlichen“! Aber die Wahrheit muß gesagt werden: Am letzten Ende ist die Krefelder Zeitung des sozialdemokratischen Verbandes für den Streik der Stoffweber verantwortlich zu machen. Die bekannte Uebertrumpfungspolitik bildete auch in Krefeld die bestechendste Agitationsmethode der Genossen. Und wer bei der radikalen Schamtschlägerei nicht mitmachte, der gehörte zu einer Gesellschaft, die die „Interessen der Unternehmer“ vertritt. Ein ehrliches Ueberlegen der beiden stärksten Verbände am Orte bei Maßnahmen, die im Interesse der Arbeiter notwendig geworden waren, war bei dieser Agitationspolitik leider ausgeschlossen. So hat auch bei der nun beendeten Bewegung die Zeitung des sozialdemokratischen Verbandes unsere Vertreter über den wahren Stand der Dinge im Dunkeln gelassen.

Von den streikenden 360 Stoffwebern, die zu 90% organisiert waren, gehörten rund 80 Arbeiter unserem Verbande an. Unsere Mitglieder waren also in einer kleinen Minorität. In den Delegiertenversammlungen vor dem Streik gebärdete sich der Gauleiter des „deutschen“ Textilarbeiterverbandes, als wenn er die Genehmigung zum Streik in der Tasche hätte, obgleich der Vorstand dieser Organisation zu der Angelegenheit noch keine Stellung genommen hatte. Und als die Bewegung bis auf Höhe gekommen war, erklärte der Gauleiter Reimes unseren Beamten, daß er alles auf seine Kappe nähme. Da gab auch unser Beamter seine Einwilligung zum Streik, und unser Zentralvorstand sanktionierte nachträglich die Streikgenehmigung. Hätte unter den streikenden Organisationen das Mißtrauen nicht bestanden, das geboren war aus der radikalen Agitationspolitik der „freien“ Verbände, hätten die Verbandsleitungen sich früh genug über die Lage der Dinge offen ausgesprochen, wie es das Interesse der Arbeiter unbedingt forderte, dann wäre jedenfalls den Krefelder Arbeitern die Niederlage erspart geblieben.

Die Berechtigung der Forderung der Stoffweber ist von keiner Organisation bestritten worden. Die Föhne der Stoffweber stehen nun mehrere hundert Mark jährlich tiefer als die der Arbeiter der Samtbranche. Und wenn im Laufe der Jahre die Unternehmer auch hier und da Erhöhungen zugestanden haben, so sind diese doch durch die immerhin Teuerung der letzten Zeit mehr als aufgehoben worden. Mehr Jahre lang ringen die Stoffweber um eine größere Anteilnahme an den Erträgen der Produktion; immer vergebens oder doch nur mit geringem Erfolge. Man kann es demnach verstehen, wenn die Gebuld der Stoffweber dieses Mal zum Ueberlaufen kam.

Und doch war der Zeitpunkt für Durchführung einer größeren Bewegung der ungünstigste.

Die Konjunktur in der Krefelder Industrie, die mit der Mode auf- und abgeht, war teilweise schlecht. Die Unternehmer trafen darum der Streik nicht so schmerzlich. Dazu kamen die vielen Feste, an denen so wie so nicht gearbeitet werden konnte. Durch Stilllegen der Betriebe war den Arbeitgebern genügend Gelegenheit geboten, ihre Jahresbilanzen fertig zu stellen. Daß der Streik zu einer Aussperrung führen würde, war vorauszusehen. Der „Arbeitgeberverband für die rheinische Seidenindustrie“ hatte wiederholt die Forderungen einiger Arbeiter mit der Ankündigung einer allgemeinen Sperre beantwortet. Man kamte somit den Geist der Unternehmerorganisation. Vielleicht kam manchem niederrheinischen Seidenindustriellen die Aussperrung als willkommene Gelegenheit zu einer Produktions-einschränkung. Zudem muß zugestanden werden, daß die Krefelder Industrie ganz besonders unter der ausländischen Konkurrenz schwer zu leiden hat. Und als nun noch die streikenden Stoffweber, trotz der wohlwollenden Ratsschläge der Organisationsführer, den ausichtslosen Kampf abzubrechen, disziplinos im Streite verharrten, da konnte die Bewegung kein anderes Ende nehmen, als sie tatsächlich genommen hat. Unsere Mitglieder zeigten schließlich Verständnis für die Lage und bejahten, am 7. Januar die Arbeit wieder aufzunehmen. Dem schloßen sich später die Mitglieder der anderen Organisationen an. Die Unternehmer hoben die Sperre auf, erst versuchsweise, dann endgültig. Der Friede war wieder hergestellt, wenn es auch nur ein Strohhaufchen ist. Besonders hat sich der Herr Oberbürgermeister Dr. Dehler in dankenswerter Weise um die Beendigung des Kampfes bemüht. Er hat schließlich auch die Fabriken bewegen können, die Fabriken wieder zu öffnen.

Der Kampf in den Krefelder Industriebezirken hat so viele Lehren für die gewerkschaftlichen Organisationen gezeitigt, daß er eine ganz besondere Beachtung verdient.
Daß die erste Vorbedingung für erfolgreiche Durchführung eines wirtschaftlichen Kampfes eine günstige Konjunktur ist, ist nur, weil ganz selbstverständlich, nebenbei bemerkt werden. Der Arbeiterkampf durch einen Kampf zum Siege führen will, muß die Lage des gesamten Gewerbes übersehen können. Weil der Masse der Arbeitererschaft diese Kenntnisse abgehen, kann und darf über einen Streik nicht in Delegierten-versammlungen oder in Sitzungen der Ausschüsse entschieden werden, sondern die gesamte Leitung, und zwar von Beginn der Bewegung an, muß in den Händen unrichtiger Führer liegen. Das ist der Elementargrundsatz bei jeder Bewegung, die eint. zum Streik führen kann. Doch das nur nebenbei. Eine besondere Lehre gab der Kampf bezügl.

Zusammenarbeiten verschiedener Verbände.
Für unseren Verband kann es in Zukunft bei Bewegungen, an denen Organisationen verschiedener Richtungen, sozialdemokratisch und christlich, beteiligt sind, nur noch heißen: entweder arbeitet der sozialdemokratische Verband offen und ehrlich, ohne jede Nebenabsicht mit uns, oder wir gehen allein vor!

Will der „deutsche“ Textilarbeiterverband das erheben, dann muß jene Bekämpfung aufhören, die vornehmlich die unteren Organe dieses Verbandes stets gegen uns befehligt haben. Wenn die christlichen Gewerkschaftler in die radikale Phrasologie der „freien“ Verbände nicht miteinstimmen, dann wurden sie gleich als „Arbeiterverräter“ oder „Unternehmerstülpke“ verleumdet. Man konnte besonders in Bezirken, wo der „freie“ Verband mit nur wenigen Mitgliedern in Frage kam, stets die Erfahrung machen, daß die Beamten dieses Verbandes durch eine radikale Draufgängerpolitik unsere Organisation in Streiks zu verwickeln suchten, um nachher die Mitglieder des christlichen Verbandes gegen ihre Organisation aufzuheizen. Jene unaufrichtige Kampfesart, wie sie vor einigen Wochen Genosse Gell in Düsseldorf i. S. belebte, kann die Kluft zwischen den christlichen und den „freien“ Gewerkschaften nur noch vertiefen — zum Schaden der Arbeiter. Wäre in Krefeld das Verhältnis der Verbände zueinander ein besseres gewesen, hätten sich die Führer vor dem Streik verständigt, dann hätte heute die gesamte Arbeiterschaft nicht über einen Sieg der Arbeiter triumphieren können. Eine ehrliche Gewerkschaftspolitik verlangen wir von den „Genossen“ überall, wenn nicht die Arbeiterschaft durch eine scharfe Trennung der Verbände bei Bewegungen geschädigt werden soll. Das ziel- und planlose radikale Draufgängerthum ist doch auch dem „deutschen“ Verbande schon über genug bekommen, abgesehen von Krefeld. Als in Sachen i. St. unser Verband Disziplin von seinen Mitgliedern forderte, gerade wie der „freie“ Verband jüngst in Krefeld, da ging ein förmliches Heulen durch die sozialistische Gewerkschafts- und Parteipresse über den schändlichen Verrat der „Christlichen“.

Wir wollen hiermit nicht einer völligen Vermischung der prinzipiellen Unterschiede der Gewerkschaftsrichtungen das Wort reden. Nein, wir wünschen im Gegenteil, daß all unseren Anhängern das, was uns christliche Arbeiter von der sozialdemokratischen Bewegung trennt, die Weltanschauung, immer deutlicher zum Bewußtsein kommt. Wir wollen prinzipiellste Mitglieder, und müssen sie haben, weil unsere Stellung zu den Wirtschaftskräften eine grundsätzliche ist von der

sozialdemokratischen Gewerkschaft. Das müssen unsere Mitglieder immer tiefer erkennen. Aber das schließt doch nicht aus, daß bei berechtigten Bewegungen, die lediglich eine momentane Verbesserung der Lage des Arbeiterstandes erwirken sollen, die beiden Verbände zusammengehen. Wir wünschen es im Interesse der Arbeiter. Das jetzt aber voraus, daß die sozialdemokratische Gewerkschaft nicht allein ihre unaufrichtige Agitationsweise fahren läßt, sondern auch, daß sie unsere Organisation als gleichberechtigte, ehrliche Vertreterin der Arbeiterinteressen anerkennt und behandelt, auch dort, wo wir in der Minderheit sind, und ihre radikalen sozialistischen Mächern an die Seite setzt. Wir wünschen das, wie gesagt, im Interesse der Arbeiter; agitatorisch kann die bisherige Agitationspolitik der „Genossen“ nur zu unserem Nutzen sein. Die Arbeiterschaft kommt, Gott Dank, immer mehr zu der Fähigkeit, Phrasen von ethischer Arbeit zu unterscheiden.

Will der „deutsche“ Verband aber in der bisherigen Weise weiter wirtschaften — und wir glauben kaum, daß er sich zu einer anderen Agitations- und Kampfespolitik bequemen wird — dann lieber vollständige Scheidung der Verbände bei jeder Bewegung. Wir sind es der Ehre und den Interessen der Arbeiterschaft schuldig, eine vernünftige Gewerkschaftspolitik zu betreiben, unbestimmt um das Geschrei der Ruten. Wir dürfen uns nicht schuldig machen, der Arbeiterschaft ein weiteres Krefeld zu bereiten. Unsere Mitglieder werden diesen Standpunkt zu würdigen wissen.

Die „Hirsch-Dunderscheren“.

Es gibt eine Gattung Spießhaken, die Unglücksfälle zur Ausübung ihres unaufrichtigen Handwerks benutzen. Herr Anton Guleken, Führer der Hirsch-Dunderscheren Gewerkschaft, hat i. J. zum Einlangen von Mitgliedern ein Schema aufgestellt, das der oben genannten Spießhakenmethode vorzuziehen ist und auch vor den Blättern seines eigenen Verbandes als „Spießhakenpolitik“ bezeichnet wurde. Herr Guleken scheint seinen Einfluß auf die leitende Instanz des Gewerkschafts der Stoff- (Textil-) Arbeiter (S.-D.) so mächtig gestaltet zu haben, daß sie die Taktik dieses „Klugen“ Strategen auch bei der Krefelder Aussperrung anzuwenden beabsichtigt. Die „Hirsche“ hatten auch einige Leute an dem Streik und der Aussperrung beteiligt. In einer gemeinsamen Versammlung plauderte der Beamte des Verbandes, Müller-M. Glöckner, für Abbruch des Kampfes und stellte seinen Mitgliedern vor, daß die Verbandsleitung jede Verantwortung für eine Weiterführung des Kampfes ablehnen würde. Aber Sekretär Müller denkt und der Generatrat des Gewerkschafts (entl. Deutzer) beschloß, den Streik für berechtigt zu erklären und die Streikenden und Aussperrten zu unterstützen. Warum? Bei den paar Dutzend Lustige die Sache nicht viel, und durch ein radikales Gerede sind vielleicht Mitglieder zu fesseln. Hängen des Schicksals! Trotzdem die beiden stärksten Verbände die Fortführung des Streiks wegen der Unsicherheit für unbedeutend erklärten und der Beamte des S.-D. Gewerkschafts sich dieser Stellungnahme anschloß, trotzdem die Vertreter der Verbände und auch Herr Müller — den Streikenden jede Unterstützung verweigerten wegen ihres nationaldemokratischen Verhaltens — trotzdem erklärte die Gewerkschaftsleitung den Streik für berechtigt und verspricht allen Unterstützung. Daß der Streik ausrichtungslos war, das sieht die Herren gar nicht an. Es genügt ihnen, daß sie nur als die „altpolitischen“ daherkommen und im Trüben fischen konnten. Vielen Elementen kann gar nicht genug auf die Finger gesehen werden. Arbeiter und Arbeiterinnen, geht ihnen die verdiente Anweisung, wenn sie mit ihren Streikentscheidungen sich auch zu nähern suchen! Ihre Absicht ist unaufrichtig!

Den Hirsch-Dunderscheren angeschlossen hat sich der „Weberverband“ (anarcho-sozialistisch) 400 Mitglieder dieses Verbandes fanden im Streik bezügl. in der Aussperrung. Daß die Vertreter dieses Verbandes die Radikalen spielten, braucht wohl nicht betont zu werden. Eine vernünftige gewerkschaftliche Politik hat man von dieser Gesellschaft noch nie vernommen. Da geht der Klassenkampf über alles! Hirsch-Dunderscheren und Anarcho-Sozialisten zeitweise Arm in Arm, ein Bild zum Ergötzen!

Das Verhalten des Arbeitgeberverbandes.

Der Streik in den vier Betrieben begann, aber flugs traten die Fabrikanten zusammen und beschloßen die Aussperrung zunächst für die eigentlichen Stoffweber, denen bald die Färbereien und Hilfsindustrien folgen sollten. Da in den vielen Fabriken außerhalb der Stadt Krefeld eine 14-tägige Kündigungsfrist besteht, kam die eigentliche Massenausperrung (über 11 000 Arbeiter) erst später. Es fanden noch weitere Verhandlungen mit dem Vorstände des Fabrikantenverbandes statt — vergebens. Das einzige Zugeständnis dieses Vorstandes war das Versprechen, nachmals eine Generalversammlung des Arbeitgeberverbandes einzuberufen und dieser die endgültige Entscheidung vor der bestimmten Durchführung der Aussperrung zu überlassen. Die Generalversammlung des Fabrikantenverbandes kam — ihr Ergebnis war die Alternative für die Arbeiter: entweder bedingungslos die Wiederaufnahme der Arbeit in den vier Betrieben, in denen gestreikt wird, innerhalb 48 Stunden, oder die allgemeine Aussperrung!

Der Arbeitgeberverband hielt die Aussperrung aufrecht, trotzdem die Verbände der Arbeiter

den Streik für sich als aufgehoben betrachteten. Es wäre moralische Pflicht der Unternehmerorganisation gewesen, auch ihrerseits die Sperre aufzuheben, nachdem die Arbeiterorganisationen den Kampf für aufgehoben erklärten. Wenn ein Kampf geführt werden soll, dann auch ein organisierter Kampf. Das Vorgehen der Unternehmerjah eher der Absicht ähnlich, die Gewerkschaften niederzuzureiten, als einer geordneten Kampfführung. Wohin soll es kommen, wenn nicht einmal die kampfführenden Verbände ihre Beschlüsse gegenseitig achten? Das ist zuguterletzt nichts anderes als ein verzweifelter Ringen um Existenz und Vernichtung. Wenn die Praxis des Krefelder Arbeitgeberverbandes vorbildlich werden sollte für die Praxis der übrigen Unternehmerorganisationen, dann wird unser Wirtschaftsleben noch Kämpfe durchzuführen haben, die an Schärfe alle bisherigen weit überragen. Von der vollständigen Abweisung der Arbeiterforderungen soll gar nicht geredet werden, auch nicht von der Aussperrung mehrerer tausend unschuldiger Arbeiter — das gewerkschaftliche Leben hat ja dazumale gelebt, daß die Unternehmer „frei sind von aller Sentimentalität“ — aber nachdem die Gewerkschaften als die ordentlichen Vertreter der Arbeiter sich vom Kampfplatz zurückgezogen hatten, hätten die Unternehmer ihrerseits die Betriebe wieder öffnen müssen. Das wäre wenigstens eine geordnete Kampfweise gewesen. Die Krefelder Unternehmer haben durch ihr rücksichtsloses Vorgehen den Groll der Arbeiter nur vertieft.

Das Verhalten der streikenden Arbeiter.

Beim Jahre lang rangen die Stoffweber um bessere Bezahlung mit negativem oder nur kleinen günstigen Resultaten; die Lagen der Unzufriedenheit waren bis zur äußersten Höhe gestiegen. Und als die Weber Ende 1907 mit der Forderung einer 10-15prozentigen Lohnerhöhung an die Firmeninhaber herantraten — wurden sie „mit Bedauern“ abgewiesen. Der Streik begann — ohne Genehmigung der Verbände. — Die Aussperrung kam; die Unternehmer warfen die ganze Wucht des organisierten Kapitals in die Waagschale. — Die Kampfesart der Arbeiter stieg, als wenn aller Groll der erlittenen Enttäuschungen in den vergangenen Jahren eine Kraftprobe wagen wollte. In dieser Stimmung sollten die Arbeiter wegen der Unsicherheit des Kampfes ohne etwas errungen zu haben, wieder in die Fabriken. — Das schien ihnen unmöglich; wer dazu rief, konnte „kein Freund“ des Arbeiters sein. — Es war zu verstehen, wenn die heisse Kampfesstimmung den ruhig überlegenden Verband nicht zur Geltung kommen ließ. Es war zu verstehen, wenn die Kollegen den Anweisungen ihrer gutartigen Führer nicht folgten — aber nicht zu entschuldigen. Wer auch in Stunden schwieriger Situation das kalte Blut des Erkennens der Lage sich bewahren kann, nur der ist ein echter Gewerkschaftler. Es ist ein beschämendes Zeugnis für die organisierte Arbeiterschaft, wenn sie gerade in wichtigen, schwierigen Situationen ihren Führern das Vertrauen löst. Wo keine Disziplin herrscht, da herrscht Anarchismus, und dieser vernichtet jede Gemeinschaft. Es gibt keine ärgere Verletzung des demokratischen Prinzips, als die Verbandsleitungen und ihre Beschlüsse einfach zur Seite zu legen und auf eigene Faust dem eigenen Willen nachzugehen. Disziplin ist der elementarste Grundhieb für jede gewerkschaftliche Arbeit; kein Ständes Gebieten und Folgen, aber eine Anerkennung der Beschlüsse der Verbandsleitung, unentwegtes Vertrauen zu den Führern, die von den Mitgliedern selbst gewählt und die überall, auch unter den schwierigsten Umständen, die Interessen der Arbeiter mit Energie und Umsicht vertreten. Wenn eine organisierte Arbeiterschaft die Statuten nicht achtet, nicht die wohlgemeinten Ratsschläge ihrer Vertreter befolgen will, dann hat eine Gewerkschaft keine Statuten und keine Vertreter notwendig, dann mag sie ihre Organisation ruhig auflösen. Die Verbandsvertreter haben die heilige Pflicht, dafür zu sorgen, daß die sauer zusammengetragenen Arbeitergewinne nicht nutzlos verpulvert werden und daß eine Arbeiterschaft nicht einen Kampf beginnt, dessen Niederlage handgreiflich liegt.

Mancher wird sagen: „Warum hat unser Verband bezügl. seinen Vertreter den Streik genehmigt?“ Dem sei gesagt, daß wir mit den 80 Mitgliedern bei den 360 streikenden Arbeitern einen bestimmenden Einfluß gar nicht hatten. Hätten wir den Streik nicht genehmigt, so wären unsere 80 Mitglieder ohnehin ausgesperrt worden und die Bewegung hätte jedenfalls keinen anderen Verlauf genommen als jetzt. Wohl aber wäre weit über Krefeld hinaus das Lied von den „Arbeiterverräterischen Christlichen“ erklingen. Unser Zentralvorstand stand vor einer fertigen Tatsache.

Erfreulicher Weise kann gesagt werden, daß die Mitglieder unseres Verbandes Verbände der Verbände ihrer Vertreter gefügt sind. Als sich die erste Höhe des Kampfes gezeigt hatte, beschloßen unsere Mitglieder, wie bereits in Nr. 2 unseres Organs gemeldet ist, den Streik für aufgehoben zu erklären. Sie konnten ihre Arbeit nicht gleich wieder aufnehmen, weil der Fabrikantenverband die Fabriken geschlossen hielt. Wir haben denn auch an die ausgesperrten und streikenden Arbeiter, die sich den Beschlüssen der Verbandsleitungen fügten, Unterstützungen ausbezahlt.

Der sozialdemokratische Textilarbeiterverband hat sich lange gehalten, überhaupt noch

Unterstützung zu zahlen. Aus Krefeld sind mehrmals Abordnungen nach Berlin gereist, um die Zentralisierung des Verbandes wenigstens zugunsten der Ausgesperrten umzustimmen. Ob das schließlich gelungen ist, oder ob das den Ausgesperrten nachträglich ausgezahlte Unterstützungsgeld auf dem Wege einer Anleihe aufgebracht wurde (wie vielfach erzählt worden ist), entzieht sich unserer Kenntnis.

Die Stoffweber-Ausschüsse nahmen in einer Versammlung eine Resolution an, die die Bewegung für aufgehoben erklärt, weil sie durch das Vorgehen der Führer „verfälscht“ worden sei. Unsere Mitglieder haben sich an dieser Abstimmung nicht beteiligt, wohl aber in späteren Versammlungen in Krefeld und Umgebung eine Gegenresolution angenommen, in der den Leitern unseres Verbandes volles Vertrauen und Anerkennung ausgesprochen wird.

Der „deutsche“ Verband hat hier die Frucht seiner Erziehung, möge er selbst sorgen, wie er damit fertig wird. Unser Verband ist im allgemeinen in Ehren aus der Bewegung hervorgegangen. Wenn irgendwo ein Kampf die gewaltige Schädigung der Arbeiter und Arbeiterverbände durch einen übertriebenen Radikalismus gezeigt hat, dann war es der beendete Kampf in Krefeld. Zeigen wir uns allseitig als ruhige, sachliche, überlegende und disziplinierte Gewerkschafter, dann werden auch die schwierigsten Kämpfe mit einem Erfolge für die Arbeiter enden.

Lohnerböhung und Lebensmittelerhöhung.

Im „Deutschen Metallarbeiter“, Organ des christlichen Metallarbeiterverbandes, hat ein Verbandsmitglied unter obiger Ueberschrift folgende interessante Abhandlung geschrieben:

Wielach wird heute die androehende schlechte Geschäftskontunktur besprochen. Die vielseitigen Ansichten über deren Ursachen ändern an der Tatsache nichts, daß dieselbe gegenwärtig von den Arbeitern schon bitter empfunden wird. Eine besonders wichtige Frage wirft sich nun, nachdem wir uns am Ende der guten Kontunktur befinden, dem denkenden Arbeiter auf, und diese ist: „Ist durch die Lohnerböhung während der guten Kontunktur meine Lebenslage verbessert worden?“ Diese Frage wird wohl in finanzieller Beziehung von wenigen Arbeitern mit ja beantwortet werden können.

Diese Frage näher zu untersuchen, soll der Zweck dieses Artikels sein. Es soll gezeigelt an Hand der Preise der notwendigsten Lebensmittel und Bedürfnisartikel, wie sie vor zwei Jahren, also 1905, und heute aufgebracht werden müssen. Nachstehende Aufstellung wird wohl manchem ein Bild entrollen, an das er, so lange die gute Kontunktur anhält, wohl weniger gedacht hat, weil seine Einnahmen und Ausgaben sich noch einigermaßen ausgleichen konnten. Dabei muß allerdings vorausgesetzt werden, daß der Arbeiter nicht von Krankheiten oder sonstigen schicksalichlagen heimgejucht worden ist.

Es sei vorweg darauf aufmerksam gemacht, daß der Reichhaltigkeit wegen nur die wichtigsten Bedürfnisse präzisiert aufgeführt werden können. Die Preissteigerungen dieser Artikel in den letzten Jahren ergibt nachfolgendes Bild:

Warenname	1905	1907
Wollentuch	14 Pf.	19 Pf.
Wollentuch	9	13
Wollentuch	125	135
Wollentuch	70	90
Wollentuch	30	60
Wollentuch	30	40
Wollentuch	85	90

Manufaktur- und Kurzwaren sind um 20% gestiegen, Schuhe um 15%, Heizungsmaterial um 10% gestiegen. Nehmen wir nun, um die Verbrauchsfrage insoweit der Veränderung der Verhältnisse festzustellen, den Verbrauch einer mittleren Familie als Grundlage an, so ergibt sich folgendes Resultat:

Warenname	20 Pfd.	Wollentuch	20 X 5	3 Pf.	1 Mtl.	52 Pfd.
Wollentuch	20 X 4	0,80				41,60
Wollentuch	3 X 10	0,30				15,60
Wollentuch	1 X 20	0,20				10,40
Wollentuch	1 X 15	0,15				7,80
Wollentuch	1 X 5	0,5				2,60
Wollentuch	3 X 5	0,15				7,60
Summa						137,80

Rechnen wir als Verbrauch für Manufakturwaren jährlich 200 Mark, sind mehr 40,—
 Als Verbrauch für Kurzwaren u. 100 Mark, sind mehr 20,—
 Als Verbrauch für Heizungsmaterial 60 Mark, sind mehr 6,—
 Nehmen wir für alle übrigen Artikel in der Lebensbranche 40,—
 Rechnen wir für Mietserhöhung jährlich nur 15,—
 dann ergibt sich die Summe von 258,80

Man sieht aus dieser Aufstellung, die ich nicht für alle Familien und örtlichen Verhältnisse als richtig und einwandfrei bezeichnen will und kann, daß das Einkommen resp. der Lohn eines Arbeiters, welcher vor zwei Jahren jährlich 1000 Mk. betrug, auf 1250 Mark, also um 25 Prozent hätte steigen müssen, wenn er die Lebenslage insoweit der Veränderung hätte weismachen sollen. Das ist bei den meisten Arbeitern der Fall, wird wohl jeder Arbeiter wie rechtlich denkender Arbeitgeber unterschätzen zu geben müßte. Ebenso wie jeder Sachkenner zu geben müßte, daß die Angaben keineswegs übertrieben sind, also der Wirklichkeit durchaus entsprechen.

Schreiber dieses ist seit fünf Jahren in einem größeren Konsumgeschäft in der Verwaltung tätig, hat bezüglich der Kolonial- und Manufakturwaren eine ganz genaue Preisübersicht; dem bezüglich der anderen angeführten Artikel, die seine Lebenslage betreffen, hat er sich ebenfalls durch eigene Beobachtung, daß die Preissteigerung eher zu niedrig als zu hoch gezeichnet ist.

Aus dem Angeführten ergibt sich, daß der Arbeiter, trotz des vergangenem guten Geschäftsganges, seine Lebenslage nicht so hat verbessern können, wie es vielfach angenommen wird. Das ist ferner nicht in der Lage gewesen ist, zu sparen für die Zeiten, in der er sein Einkommen wesentlich grämmer sieht, durch Sparmaßnahmen, Arbeitseinsparung und Arbeitsübertragung. Des Weiteren ergibt sich, daß die vielen Anträge, die man heute noch gegen die Organisationsmaßnahmen, insbesondere gegen die Führer erhebt, durchaus unbegründet sind, entgegen auf Unterlassung der Verhältnisse, über aus viel Angst vor der Organisationsmaßnahmen zurückzuführen sind.

Man soll sich doch endlich einmal mit dem Gedanken vertraut machen, daß man es dem Arbeiter

durchaus nicht verargern kann, wenn er durch die Organisation seinen Lohn so gestalten will, daß er wenigstens standesgemäß leben kann. Man kann ihm dieses doch ebensowenig verübeln, wie die Erkenntnis, daß in manchem Riesengewinne noch ein gut Stück rechtlicher Weise ihm zustehenden Lohnes enthalten ist, worauf er einen berechtigten Anspruch erheben kann.

Könnte es denn z. B. als staatsgefährlich angesehen werden, wenn die Prozesse so mancher Aktionäre infolge der gewerkschaftlichen Erfolge etwas gemindert würden? Wir glauben nicht, und vielmehr der Ansicht, daß es eine gerechte Forderung ist, an den Riesengewinnen, die der Arbeiter mit herausgeschüttet hat, seinen Anteil zu erhalten.

Wie muß es doch gerade jetzt die Arbeiterschaft so eigentümlich beherrschen, wenn die durch die Presse veröffentlichten hohen Dividenden der Herren Aktionäre in einer Zeit zur Verteilung gelangen, wo die Arbeiter mit ihrer Familie schon ganz beschränkt leben müssen und die Zukunft ihnen noch schmerzhaft zu bringen droht.

Daß solche Zustände nicht haltbar sind und verbessert werden müssen, leuchtet wohl jedem Gewerkschafter ein, aber nur das, „wie verbessern“, scheint man so richtig nicht verstehen zu wollen. Wir wissen, daß heute noch ein ganzes Heer der Organisation fernsteht. Dieses für uns zu gewinnen, muß unsere Hauptaufgabe der nächsten Zukunft sein und bleiben. Unser Ziel werden wir am schnellsten erreichen, wenn wir auf der ganzen Linie praktisch in die Kleinarbeit einsehen. Wir würden dann bald in die Zeit verjahren, von der wir sagen können, „ohne einen anderen Stand zu ruinieren“, haben wir es so weit gebracht und unsern Lohn so weit gesteigert, als es erforderlich ist, um standesgemäß zu leben; nicht nur in Zeiten guter, sondern auch in Zeiten niedrigerer Geschäftskontunktur.

Anmerkung der Redaktion. Obige Arbeit mag auch unsere Kollegen zur Mitarbeit am Verbandsorgan anregen. Eine Verbandszeitung kann um so interessanter und inhaltsreicher werden, je mehr Kollegen aus den verschiedensten Bezirken ihre Erfahrungen und Ergebnisse im gewerkschaftlichen oder gesellschaftlichen Leben, soweit sie für die Allgemeinheit von Interesse sind, im Verbandsorgan veröffentlichen. Dann wird das Organ auch mehr gelesen werden von unseren Kollegen. Unsere Mitglieder sollten nicht nur dann zur Feder greifen, wenn ein Verbandsorgan berichtet geschrieben werden soll. Wenn sich überhaupt die Kollegen im Verbandsorgan beteiligen, so etwas mögliches würden! Es hat doch wohl keinen bildenden Wert zu wissen, wer in dieser oder jener Debatte geredet hat oder wer die Verbandsorgane leitete, und daß man unter verschiedenen einig internen Angelegenheiten erörterte. Diese Form der Berichterstattung wird vielmehr ermüdend. Die Ortsgruppen-Schriftführer sollten sich mehr daran bemühen, Situationsberichte zu schreiben über Tätigkeitsberichte, wie es in den letzten Nummern einige Kollegen gemacht haben. Dann können sich alle Kollegen ein Bild von der Tätigkeit und den Fortschritten der betreffenden Ortsgruppen machen. Es ist auch durchaus nicht notwendig, daß von jeder Versammlung ein Bericht im Organ gebracht wird. Manche Verbände und besonders die konfessionellen Arbeitervereine kommen ohne Verbandsorganberichte sehr gut aus. Der Raum, der für langatmige Verbandsorganberichte notwendig ist, könnte besser für wirklich aufklärende Sachen verwendet werden. Daran hierin Mäßigkeit, aber mehr Mitarbeit in wirklich lebendigen, aufklärenden Artikeln, auch wenn sie noch so klein sind.

Aus dem Verbandsgebiete.

Lohnbewegungen und Arbeitslosigkeit.

Ein Sozialist für einen Kassenarzt in Schönau im Württemberg. In dem Schwarzwaldbezirk Schönau ist am 2. Januar ganz plötzlich ein Streik ausgebrochen, dessen Vorgeschichte und Verlauf so interessant sind, daß wir sie ausführlich wiedergeben wollen.

In Schönau sind zwei Textilbetriebe, welche zusammen etwa 600 Arbeiter beschäftigen; dazu kommen vier Wollwebereien, in denen etwa 250 Arbeiter beschäftigt sein mögen. Die Arbeiter der Heineren Betriebe sind in der Ortskrankenkasse versichert. Am 16. Sept. hielten nun die Vorstände der verschiedenen Krankenkassen eine Sitzung ab, in welcher beschloffen wurde, einem Kassenarzt zu kündigen. Als solche amtierten der Herr Bezirksarzt Dr. Kiefer und Herr Dr. Krieg als einzige in Schönau wohnende Ärzte. Vertreter der Arbeiter wurden zu obiger Sitzung nicht beigezogen. Auch den Auslagen der Herren Direktor Redwald und Hante habe der Herr Bezirksarzt Dr. Kiefer die Mitteilung gemacht, daß er sein Amt niederlegen werde, wenn nicht bis zum 25. Sept. seinen Kollegen, Herrn Dr. Krieg, gekündigt werde, er wolle dann die Krankenkasse allein übernehmen und einen Assistenzarzt zu ziehen. Dem Herrn Dr. Krieg wurde nun mitgeteilt, daß er die Arbeiter zu gut behalte und bejehle in den Krankenkassenangelegenheiten werden keine Mittelungen über die Gründe der Kündigung gemacht, sie würden auf das Bezirk mit bezwungen, wenn sie Kündigung haben wollten, als obgängige Sache gäben sie natürlich dem bestimmten Grunde von oben nach und fürwahr für den Ausschluß des Herrn Dr. Krieg. Da letzterer aber unter der Arbeiterschaft allgemein beliebt war und die gesamten Patienten in Behandlung hatte, so waren die Arbeiter mit der Kündigung nicht einverstanden und protestierten am 12. Oktober in einer Versammlung gegen diesen Beschluß. Es soll hier noch die anfallende Tatsache verzeichnet werden, daß die beiden Kassenärzte miteinander einen Vertrag abgeschlossen hatten, laut welchem das Honorar aus den verschiedenen Krankenkassen zu gleichen Teilen unter den Ärzten verteilt wird. Herr Dr. Krieg mußte also einen großen Teil seines Einkommens an den Herrn Bezirksarzt abgeben, weil er die Mehrzahl der Kranken Arbeiter in Behandlung hatte. Somit hätte also Herr Dr. Krieg gar kein Interesse daran, sich bei den Arbeitern einzuführen, was recht viele Patienten zu bekommen. Man wird ihn aber vorgezogen, daß er durch gute Behandlung der Arbeiter sich nebenbei noch eine ansehnliche Privatpraxis erwerben sollte, zum Schaden des Herrn Bezirksarztes. Es mag also der Grund noch eine Rolle gespielt haben. Es ist nun vor Kurzem, als ob die Differenzen beigelegt worden seien; die Arbeiter konnten allerdings darüber nichts genaues erfahren. Plötzlich am 2. Januar, als die Arbeiter der „Spin-

nerie und Weberei Schönau“ morgens zur Arbeit erschienen, fanden sie einen Ullas angehängt, nach welchem von diesem Tage an Herr Dr. Krieg nicht mehr konsultiert werden dürfe. Wie ein Blitz aus heiterem Himmel traf diese Kunde die Arbeiter. Da dieselben nicht organisiert waren, beschloßen sie, anstatt den Beschwerdebeweg zu ergreifen, in den Ausstand zu treten. Vorher wollten sie jedoch noch mit Herrn Direktor Haller unterhandeln. Als dieser am Nachmittag erschien, erklärte er jedoch: „Wenn ihr euch dem Beschluße nicht fügt, so schließe ich die Fabrik!“ Somit war aus dem Streik eine Auslieferung geworden; etwa 350 Arbeiter und Arbeiterinnen lagen mitten im Winter auf dem Pflaster. Es wurde nun eine große öffentliche Versammlung einberufen, die von über 600 Personen besucht war. Kollege Kaiser-Lörzsch eröffnete die Versammlung. Kollege Reinhard-Freiburg und Kammerer-Säckingen referierten über den Stand der Angelegenheit. Die sachlichen Gründe, welche nach Angabe der Vorstände der Krankenkassen bei der Kündigung ausschlaggebend gewesen seien, könnten nicht als stichhaltig anerkannt werden. Herr Dr. Krieg hat viele Jahre mit dem früher in Schönau amtierenden Bezirksarzt in Frieden und Eintracht gearbeitet, die Differenzen haben erst begonnen mit dem Erscheinen des Herrn Bezirksarztes Dr. Kiefer. Ferner wird besonders von dem Vorstand der Krankenkasse „Spinnerie und Weberei Schönau“ ein Druck auf die Ärzte ausgeübt, dahingehend, daß den Arbeitern keine teuren Medikamente verschrieben werden. Letztere haben die Heilkräuter gewonnen, daß vorwiegend persönliche und politische Gründe bei der Kündigung des Herrn Dr. Krieg als Kassenarzt maßgebend waren. Die treibende Kraft bei dieser Bewegung war der Direktor der „Spinnerie und Weberei Schönau“, Herr Haller. Die persönlichen Gründe finden unter anderem ihren prägnantesten Ausdruck in einem Schreiben des Herrn Bezirksarztes an Herrn Haller, in welchem kategorisch erklärt wird: Wenn nicht bis längstens den 25. Sept. Herr Dr. Krieg gekündigt werde, so werde er von Schönau fortgehen. Ferner wurde eine Einigung unter der Bedingung angeboten, daß Herr Dr. Krieg verjehre, bis längstens 1. Juli von Schönau fortzugehen. Dann wurde jedoch von dem „Schwarzen“ Doktor gesprochen, der nun keine Rezepte mehr verschreiben könne. Endlich erschien dann noch in den letzten Tagen ein Flugblatt von Herrn Direktor Haller gegen Herrn Dr. Krieg, in welchem die autoritative Verrückung der Krankenkasse und die persönliche Differenzen in nicht gewollter bengalischer Beleuchtung erörtert. Die Referenten gaben nun den Arbeitern den Rat, die Arbeit wieder aufzunehmen und den gesetzlichen Weg der Beschwerde an das Bezirksamt und den Verwaltungsgerichtshof zu beschreiten. Wo das Kassensystem nicht ausdrücklich die Anstellung von Ärzten und Abfertigung von Verträgen dem Vorstände zuweist, müsse die Zustimmung der Generalversammlung eingeholt werden. Die Arbeiter müssen sich also auf den reinen Rechtsboden zurückziehen und durch Beantwärtung einer Generalversammlung und Beschlußfassung in derselben das Mitbestimmungsrecht wahrnehmen.

Es wurde beantragt, eine Kommission an Herrn Haller zu senden und folgenden Vorstoß zu unterbreiten: Die Arbeiter der Spinnerie und Weberei Schönau sind bereit, sich auf den Boden des gesetzlichen Rechtes zu stellen und die Arbeit sofort wieder aufzunehmen, wenn Herr Haller das alte Verhältnis der Kassenärzte wieder herstellt, bis die Generalversammlung bzw. die Aufsichtsbehörde über die Rechtsfrage entschieden hat.

Bei den Verhandlungen am folgenden Tage antwortete Herr Haller zunächst mit einem glatten „Nein“; er könne mit Herrn Dr. Krieg nicht mehr zusammen arbeiten. Schließlich erklärte er doch, sich der Möglichkeit des Erfolges zu fügen, zuvor wolle er jedoch sich bei dem Herrn Oberamtman erkundigen, ob die Generalversammlung als oberste Instanz der Kasse bei Anstellung eines Arztes zu entscheiden habe. Der Herr Oberamtman zog es jedoch vor, in diesem Falle Recht sprechen zu müssen und sich nicht im Voraus binden konnte. Herr Haller, welcher nun nochmals telefonisch angersuchen wurde, erklärte nun, daß er selbst im Krankenversicherungsgesetze nachgesehen habe und der Ansicht ist, daß er die Generalversammlung nicht anzuerkennen brauche, er verweise die Arbeiter auf den Weg der Beschwerde und sei bereit, am Dienstag die Arbeit wieder zu öffnen. Die Arbeiter haben nun am Dienstag die Arbeit wieder vollzählig aufgenommen und beim Bezirksamt Beschwerde eingereicht.

Wunderbarerweise war die Einigkeit, mit welcher die Arbeiter vorgehen. Es kann allerdings nicht behauptet werden, daß der Weg ein falscher war, aber in Würdigung der Verhältnisse ist dieses Vorgehen erklärlich. Die Krankenkassenangelegenheit wird nun den geordneten Instanzen durchlaufen und, was das wichtigste ist, die Arbeiter haben sich der Organisation angeschlossen. 200 Aufnahmen sind bereits gemacht worden, und die übrigen werden auch zu der Heilkräuter kommen, daß nur wahr werden können.

Erfolge der Hausagitation.

Göppingen:	2	Kollegen	—	Kolleginnen.
Göppingen:	9			
Stromberg:	30			
Stromberg:	7			
Stromberg:	19			
Stromberg:	4			
Stromberg:	57			
Stromberg:	3			
Stromberg:	35			
Stromberg:	9			
Stromberg:	3			

Berichte aus den Ortsgruppen.

Neubach. Unsere gut besuchte Generalversammlung fand am 11. Jan. statt. Als Hauptpunkte waren Rechnungsablage und Vorstandswahl vorgezogen. Kollege Ledert erklärte den Kassensbericht. Dem Kassierer wurde Entlassung erteilt. Die Vorstandswahl zeigte infolge einer Veränderung, als der zweite Vorsitzende wiedergewählt wurde; die übrigen Mitglieder wurden wiedergewählt. Kollege Kammerer hielt dann einen Vortrag über den Doktorstreik in den Schönauer Krankenkassen. Die Ausführenden zeigten hier und deutlich, wie wichtiges man in dieser Sache gegen die Arbeiterschaft vorgeht. Weiter betonen wir die Wichtigkeit an, wie wichtiges die Arbeiter als Einzelne gegen die

Willkürgeleise der Arbeitgeber sind. Dies haben die Arbeiter von Schönau eingesehen, indem sie nun der Organisation beigetreten sind. Dem lehrreichen Vortrage folgte eine rege Diskussion. Nach einer kurzen Debatte über „Verschiedenes“ schloß der Vorsitzende die schön verlaufene Versammlung.

Verneufeld. Auch in das friedliche Wohl ist die Industrie eingezogen! Der Fabrikrauch qualmt über unsere stillen Berge und gibt Kunde von dem fleißigen Schaffen der bederben Bewohner des Schönaus, die nicht unter den allerbesten Bedingungen ihr tägliches Brot verdienen müssen. Aber wie der Gedanke der gewerkschaftlichen Organisation überallhin gedrungen, wo ein denkender Arbeiterstand wohnt, so kam er auch in unsere Täler und zog die Kollegen und Kolleginnen in die Berufsorganisation, und bereit mit den christlichen Arbeitsbrüdern Deutschlands durch die Macht der Gewerkschaften die eigene Lage und die Lage des gesamten Arbeiterstandes zu heben. Gewiß war der Gedanke, mit vereinter Kraft das Los des Arbeiterstandes besser zu gestalten, nicht gleich bei allen lebendig, das bewies unsere zweite öffentliche Versammlung, die am 12. Januar stattfand. Die organisierten Kollegen waren fast alle, aber die unorganisierten nur in ganz kleiner Anzahl erschienen. Die Arbeiter hier haben eine Eigenart unter unserer Berge, sie sind hart. Es fällt darum schwer, sie für die Gewerkschaftsarbeit zu gewinnen; aber haben sie die Notwendigkeit des Zusammenhaltens erfaßt, dann halten sie auch fest und bauen sich weiter. Sie versprechen nicht leicht die Treue, aber wenn sie sie einmal gegeben haben, dann bleibt sie für immer. Von den umliegenden Orten waren organisierte Kollegen und Kolleginnen trotz der strengen Winterkälte zu unserer Versammlung gekommen: ein Beweis der Opferliebe. Kollege Deutmann-Düßeldorf sprach über den Berliner Kongreß. Kollege Weidenbrücker gab in der Diskussion treffende Beispiele für den Nutzen der Gewerkschaft. Und am Schluß der Versammlung konnte der Vorsitzende äußern die erfreuliche Tatsache konstatieren, daß sämtliche anwesenden Unorganisierten sich als Mitglieder angemeldet hätten. Wir werden weiter arbeiten und schon alle in den Kreis der gewerkschaftlich organisierten Arbeiter ziehen. Wir werden fest sein in der Agitation, fest wie der Fels unseres Gebirges.

Wald. Unsere am 13. Jan. tagende Generalversammlung nahm einen sehr anregenden Verlauf. Nach Eröffnung und Genehmigung des Kassensberichtes gab der Vorsitzende den Geschäftsbericht, der ein nicht gerade erfreuliches zu nennen war. Zwar waren die Mitgliederverluste wieder durch Neuaufnahmen weit gemacht, aber ein Zuwachs war nicht zu verzeichnen; doch sei lobend hervorzuheben, daß eine schöne Anzahl Kollegen und Kolleginnen in einer höheren Beitragsklasse zahlen. Aus dem Vorstande schied aus der Vorsitzende Kollege Lance, die Kollegen Pent, Zimmors, Hunds und Schen. Als Vorsitzender wurde Kollege Lance wiedergewählt und seinem langgehegten Wunsche, nach siebenjähriger Tätigkeit sich mal zur Ruhe setzen zu können, nicht entsprochen. Als Kassierer wurde Kollege Zimmors wiedergewählt. Der Beschluß einer Vorstands- und Vertrauensmännerprüfung, zwei Kolleginnen in den Vorstand zu wählen, wurde von der Versammlung nach einem für und wider angenommen. Aus der Wahl gingen hervor: Kollege Pent und die Kolleginnen Pelzer und Heinrichs. Die Wahl als Kassensrevisoren fiel auf die Kollegen Korr, Schilder und Wager; die letztgenannten Kollegen wurden nebst Kollege Hub. Zimmors auch als Delegierte zum Ortsrat gewählt. Die Beiträge bleiben wie bisher bestehen. Unter Punkt Verschiedenes wurde noch über die jetzt stattfindende Hausagitation und über einige örtliche Angelegenheiten gesprochen.

Dingelbach (Tiefenfeld). Unsere Ortsgruppe hielt am 6. Jan. ihre erste Generalversammlung ab. Dieselbe war gut besucht, nicht nur von Kollegen, sondern auch von Kolleginnen. Der Kassierer erstattete einen klaren Bericht über das letzte Quartal; ihm wurde Entlassung erteilt. Der Vorsitzende, Kollege Buchardt, warf hierauf einen Rückblick auf das ganze verlossene Geschäftsjahr. Hierauf kam es zur Wahl des ersten und zweiten Vorsitzenden, sowie zur Wahl der Kassensrevisoren. Als erster Vorsitzender wurde wiedergewählt Kollege Karl Buchardt, als zweiter Kollege Martin Jollenbach. Als Kassensrevisoren wurden gewählt Kollege Christoph Jollenbach und Kollegin Anna Fenzwig. Der bis jetzt gezahlte Mitgliedsbeitrag wurde wieder einstimmig angenommen. Kollege Johannes Schollmeier hielt hierauf einen längeren Vortrag. Redner ermahnte zum Besuch der Versammlung und Benutzung der Bibliothek. Der Vorsitzende dankte dem Redner und ermahnte die Mitglieder zur regen Hausagitation. Mit dem christlichen Arbeitergruß wurde die imposante Generalversammlung geschlossen.

Dornach. Zwei Mal mußten wir unsere Mitglieder zu einer Generalversammlung zusammenrufen; dieses Mal am 12. Jan. Aber auch jetzt wieder schlechter Besuch. Wann wird die Dornacher Arbeiterschaft lebendig werden und die Selbstschädigung durch solche Gleichgültigkeit einsehen? Der Vorsitzende berichtete über die Tätigkeit der Ortsgruppe in den vergangenen zwei Jahren. Bei der Vorstandswahl wurden die ausscheidenden Kollegen wiedergewählt. Durch Zuwahl der Kollegen Herbst, Degerl und Wader wurde der Vorstand um 3 Mitglieder verstärkt. Kollege Degerl hielt einen Vortrag über die Kampfweise der sozial. Gewerkschaften. Nach einer regen Diskussion schloß der Vorsitzende mit einem feurigen Appell zu reger Mitarbeit die Versammlung.

Erfsenbach. Eine öffentliche Versammlung tagte am 16. Jan. Dieselbe war gleichzeitig als Einführung unserer Kollegen Köhling gedacht, dessen Bezirk die Pfalz zugeteilt ist. Das vom Kollegen Köhling behandelte Thema lautete: „Das Koalitionsrecht der deutschen Arbeiter und die Maßregelung des Kollegen Kuhn.“ Nach einer kurzen Ansprache des Vorsitzenden, wobei er ganz besonders den Bezirksvorsitzenden begrüßte, erteilte er letzterem das Wort zu oben erwähnten Referate. Derselbe entledigte sich seiner Aufgabe zur vollen Zufriedenheit aller Anwesenden, was der reiche Beifall bewies. Da sich niemand zur Diskussion meldete, ergüß der Referent das Schlußwort. In kurzen Zügen streifte er den interkonfessionellen Charakter der christlichen Gewerkschaften. Die anwesenden Unorganisierten traten dem Verbands bei. Nachdem der Vorsitzende an die Kollegen die Mahnung gerichtet, das Gehörte auch beherzigen und agitatorisch auszunützen, wurde die imposante verlaufene Versammlung geschlossen.

Göppingen. Das christl. Gewerkschaftskartell für Göppingen und Umgebung hatte auf den 12. Jan. zwei öffentliche Versammlungen veranstaltet und zwar nachmittags um 4 Uhr in Tiefenfeld und um

die Kollegen Martin Hartum und J. Roder bestimmt. Der Antrag, die Kartellbeiträge ab 1. April wieder aus der Kasse zu zahlen, wurde einstimmig angenommen.

Langerfeld. Wer glaubte, daß unsere Versammlungen nach all den Vorgängen am Heiligen Orte gut besucht wären, war wieder sehr enttäuscht, denn es fehlten auf unserer Generalversammlung, die am 5. Jan. stattfand, gerade 1/3 unserer Mitglieder. Auf der Tagesordnung stand zuerst Jahresbericht. Hieraus ging hervor, daß sich unsere Mitgliederzahl beinahe verdoppelt hat. Punkt zwei der Tagesordnung war Vorstandswahl. Hier wurden die beiden Kollegen Emil Belten als zweiter Vorsitzender und Hermann Dreter als Kassierer wiedergewählt. Da nun im Laufe des Jahres die Mitgliederzahl gewachsen ist, mußten noch einige Vertrauensmänner eingestellt werden. Hier zeigte sich wieder die große Opferwilligkeit der Kollegen. Aus der Debatte ging hervor, daß einige Kollegen nicht auf der Versammlung erschienen waren, weil sie fürchteten, Vertrauensmann zu werden, um so mitarbeiten zu müssen an unserer schönen und hehren Gewerkschaftsarbeit. Es waren aber dennoch einige ältere Kollegen da, die sich anboten, Vertrauensmann zu werden. Das ist jedenfalls für viele Kollegen ein herrliches Beispiel; die jüngeren Mitglieder müssen sich vor den älteren schämen. Da wir nun im Laufe des verfloßenen Jahres so oft haben klagen müssen über schlechten Versammlungsbesuch, so rufen wir am Anfang dieses neuen Jahres allen unseren Mitgliedern zu: legt ab den alten Schlenker und unterstützt die paar Kollegen, die immer und immer wieder für die gute Sache eintreten!

Bei der Vertreterwahl der Betriebskrankenkasse der Firma U. und C. Henfels eroberten die christlichen Arbeiter zum erstenmal 14 Mandate. Die Sozialdemokraten erhielten 6 Mandate.

Studen. Kollege Döhring eröffnete unsere erste Versammlung in diesem Jahre und erteilte dann unserem Kollegen Förster das Wort zum Jahresbericht. In längeren Ausführungen berichtete der Kollege über die Lohnbewegungen in den verschiedenen Betrieben. Dann rügte er besonders den mäßigen Versammlungsbesuch und wünschte, daß jetzt nur alle Monate eine Mitgliederversammlung abgehalten würde, im neuen Jahre ein besseres Resultat. Auch der verstorbenen Mitglieder gedachte unser Kollege. Mit dem Wunsch, den Verband treue zu bewahren, vornahm er, rückwärts nimmer, schloß Kollege Förster den Jahresbericht. Nachdem noch einige Punkte erledigt waren, und Kollege Krebs den Kartellbericht erstattet hatte, schloß unser Vorsitzender die recht mäßig besuchte Versammlung.

Löhne. Unsere am 12. Jan. stattgefundene Generalversammlung hatte einen ziemlich guten Besuch aufzuweisen. Kollege Pflaß sprach zunächst über die heutige wirtschaftliche Krise. Eine lebhafte Debatte entspann sich, als bei Punkt drei Kollege Pflaß erklärte, den Vorsitz nicht wieder übernehmen zu wollen. Nachdem derselbe die Gründe für sein Verhalten klargestellt, wurde an seine Stelle Kollege Hüller als Vorsitzender gewählt. Weiter wurden gewählt Kollege Freude als Kassierer und Kollege Kühlung als Schriftführer.

Ottelbach (Pflaß). Dagegen aus gewissen Gründen schon geraume Zeit keine Mitgliederversammlung mehr stattfand, so war doch die Generalversammlung am 12. d. h. nur schwach besucht. Die Mitteilung des Kollegen Kuhn-Eisenbach, daß unser bisheriger Bezirksvorsitzender Kollege Müller die Pflaß abtreten mußte, wurde mit großem Beifall entgegen genommen. Alsdann gab der Kassierer den Jahresbericht vom IV. Quartal, sowie vom ganzen Geschäftsjahr bekannt, woran sich eine lebhafte Debatte schloß. Kollege Wader als Revisor erklärte, eine saubere Buchführung und alles in bester Ordnung gefunden zu haben, worauf dem Kassierer Döhring erteilt wurde. Unter Leitung des Kollegen Kuhn wurde die Erziehung der statutengemäß auszuscheidenden Kollegen schriftlich vorgenommen. Auch ein Kollege aus der Spinnerei wurde in den Vorstand gewählt, was im Interesse einer weiteren Ausbreitung unserer Ortsgruppe sehr zu begrüßen ist. Sodann erstunte uns Kollege Kuhn-Eisenbach durch einen sehr lehrreichen Vortrag. In längeren Ausführungen beantwortete er die Frage: „Darf ein Christ sich an der sozialen Bewegung beteiligen?“ Er wies nach, daß ein Christ nicht nur berechtigt, sondern daß es seine heiligste Pflicht ist, hier mitzuarbeiten, sich und seiner Familie eine sichere Existenz zu verschaffen und nicht die ganze Arbeiterbewegung durch die Sozialdemokratie verfeuchten zu lassen. Er erteilte reichen Beifall. In der Diskussion forderte ein Kollege auf, dies zu beherzigen und agitatorisch auszunutzen. Zu den bisherigen Beitragsklassen wurde die V. (40 Pfg.) neu gewählt, jedoch nicht obligatorisch eingeführt. Nachdem noch einige interne Angelegenheiten besprochen und geregelt waren, wurde die Versammlung geschlossen.

Rheine. Zahlreich besucht wie nie zuvor, war eine Versammlung, welche vom christlichen Gewerkschaftskartell zum 12. Januar einberufen war. Auch die „Genossen“ waren zur Stelle. Letztere verfügen hier über kein Lokal und glauben deshalb, unsere Versammlungen ausnutzen zu müssen. Zunächst referierte Kollege Jumbrod von den christlichen Bauhandwerkern über „die letzten wirtschaftlichen Kämpfe und deren Lehren“. Kollege Franzen vom christlichen Metallarbeiterverband sprach sodann über „die Schädigung der Arbeiterinteressen durch die sozialdemokratischen Gewerkschaften“. In der Diskussion schiedten die „Freien“ den Genossen Castrup-Vielseid ins Feld. Er berückte nach Genossen-Manier im Tribün zu sitzen, sich und die „freien“ Gewerkschaften als die getränkte Leberwurst hinzustellen, mehrmals durch schallendes Gelächter unterbrochen. Doch meinte „Genosse“ Castrup, nicht könne er überzeugen, sondern er rede nur, um die Meinungen zu klären. Wie die Kasse um den heißen Brei suchte er sich um die trennenden Momente herumzuschlingeln. Namentlich mit dem letzten Redner war er nicht einverstanden. Die „Freien“ seien die „würdevollen“ Vertreter der Arbeiterinteressen. Die christlichen Agitatoren seien ihm politische und wirtschaftliche Käsef. Castrup kann wohl als das „innere“ Käsef gelten, denn in einem Atemzuge bekannte er sich als Sozialdemokrat und Mann von Religion. Stolz nannte er seine Partei die der „freien Meinungsäußerung“. (Wer laßt da? D. R.) Die christlichen Gewerkschaften seien gegründet als Bollwerk gegen die Sozialdemokratie von Geistlichen. Wenn seinen Worten, die freien Gewerkschaften ließen jedem seine Meinung und seine Religion, großes Gelächter folgte, so wird er ob solcher Mägen wohl nichts anderes erwarten haben. Gewerkschaftssekretär Jumbrod be-

wies den Genossen, daß man zur Vertretung der Arbeiterinteressen keinesfalls der sozialdemokratischen Partei anzugehören brauche, sie würden auch von den bürgerlichen Parteien vertreten, in denen die Arbeiter sich nur noch mehr Geltung verschaffen müßten. Was für den Arbeiter geschaffen sei, sei der entprechenden Armenunterstützung vorzuziehen, wenn auch weiteres zu erstreben sei. Was die Sozialdemokratie für die Arbeiter tue, ersehe man aus dem Notizbuche des Vorsitzenden des Seemannsverbandes, Müller, der vor einiger Zeit geschrieben, wenn es in dieser Hinsicht nicht bald besser würde, müßten sie zu den bürgerlichen Parteien gehen. Genosse Castrup verjuchte nochmals, seine schwache Position zu retten, hatte aber damit kein Glück. Sein Appell an die „Nachsichteliebe der Christlichen“, die den Genossen doch zu einem Versammlungsstolz verheßen möchten, zauberte ein nicht erdenkliches Gelächter der Anwesenden hervor. Nunmehr stellte sich ein Genosse Bischer als Opfer christlichen Terrorismus vor. Seine Behauptungen stellten sich jedoch nach seinen eigenen Schilderungen als unaufrichtig heraus.

Kollege Jumbrod wies noch einmal die Behauptungen der Genossen zurück in derartig sachlicher Weise, daß die letzteren nichts mehr zu erwidern hatten. Kollege Franzen, der im Schlusssatz sich noch eingehend mit den Schandtatzen der Genossen beschäftigte, sollte niedergebückt werden, doch zogen wegen der energischen Versammlungsleitung die Genossen das Verlassen des Lokals vor. Mit einem begeisterten aufgenommenen Hoch auf die christlichen Gewerkschaften wurde die impotente Versammlung geschlossen. Nun Kollegen von Rheine, wir haben hier gesehen, daß wir auch eine freie Aussprache nicht zu fürchten brauchen. Benutzt jetzt die Zeit zur Agitation, die Zeit ist günstig, werbt und arbeitet, bis der letzte christliche Arbeiter und die letzte Arbeiterin für unsere edle und gerechte Sache gewonnen ist!

Wirselen. Unsere am 12. Jan. abgehaltene Generalversammlung hätte sich in Betracht der wichtigen Tagesordnung eines besseren Besuches erfreuen dürfen. Nachdem der Vorsitzende einen kurzen Rückblick auf das verfloßene Jahr gegeben und des verstorbenen Kollegen Epif gedacht, ging man zur Tagesordnung über. Zu Punkt 1, Vorstandswahl, wurde Kollege Hubert Koberberg als Vorsitzender einstimmig wiedergewählt; ebenfalls wurde Kollege Josef Schimmer wiedergewählt. Kollegin Dören wurde neugewählt. Als Kartelldelegierten wurden die Kollegen Josef Schimmer, Heiner Schmitz und Peter Scherrin gewählt, als Kassierer die Kollegen Franz Leiften und Gerhard Kahlen. Das Amt als Vertrauenspersonen nahmen die Kollegen Peter Krings und Geschwister Vorsh an. Dem Kassierer wurde unter Dank Entlastung erteilt. Zum Punkt 2, Festsetzung der Beiträge für das kommende Jahr, war die Versammlung sich darüber einig, es wie bisher zu belassen, jedoch sollte es jedem einzelnen überlassen bleiben, sich höher zu versichern. Die meisten Kollegen erklärten sich für 40 Pfg., die anwesenden Kollegen in der Mehrzahl für 30 Pfg. Wochenbeitrag. Nach einer kurzen Aufklärung über das Treiben der Genossen von Krefeld und Wachen (siehe Wechnachtsfester) fand die Versammlung ihren Abschluß.

die Kollegen Martin Hartum und J. Roder bestimmt. Der Antrag, die Kartellbeiträge ab 1. April wieder aus der Kasse zu zahlen, wurde einstimmig angenommen.

Langerfeld. Wer glaubte, daß unsere Versammlungen nach all den Vorgängen am Heiligen Orte gut besucht wären, war wieder sehr enttäuscht, denn es fehlten auf unserer Generalversammlung, die am 5. Jan. stattfand, gerade 1/3 unserer Mitglieder. Auf der Tagesordnung stand zuerst Jahresbericht. Hieraus ging hervor, daß sich unsere Mitgliederzahl beinahe verdoppelt hat. Punkt zwei der Tagesordnung war Vorstandswahl. Hier wurden die beiden Kollegen Emil Belten als zweiter Vorsitzender und Hermann Dreter als Kassierer wiedergewählt. Da nun im Laufe des Jahres die Mitgliederzahl gewachsen ist, mußten noch einige Vertrauensmänner eingestellt werden. Hier zeigte sich wieder die große Opferwilligkeit der Kollegen. Aus der Debatte ging hervor, daß einige Kollegen nicht auf der Versammlung erschienen waren, weil sie fürchteten, Vertrauensmann zu werden, um so mitarbeiten zu müssen an unserer schönen und hehren Gewerkschaftsarbeit. Es waren aber dennoch einige ältere Kollegen da, die sich anboten, Vertrauensmann zu werden. Das ist jedenfalls für viele Kollegen ein herrliches Beispiel; die jüngeren Mitglieder müssen sich vor den älteren schämen. Da wir nun im Laufe des verfloßenen Jahres so oft haben klagen müssen über schlechten Versammlungsbesuch, so rufen wir am Anfang dieses neuen Jahres allen unseren Mitgliedern zu: legt ab den alten Schlenker und unterstützt die paar Kollegen, die immer und immer wieder für die gute Sache eintreten!

Bei der Vertreterwahl der Betriebskrankenkasse der Firma U. und C. Henfels eroberten die christlichen Arbeiter zum erstenmal 14 Mandate. Die Sozialdemokraten erhielten 6 Mandate.

Studen. Kollege Döhring eröffnete unsere erste Versammlung in diesem Jahre und erteilte dann unserem Kollegen Förster das Wort zum Jahresbericht. In längeren Ausführungen berichtete der Kollege über die Lohnbewegungen in den verschiedenen Betrieben. Dann rügte er besonders den mäßigen Versammlungsbesuch und wünschte, daß jetzt nur alle Monate eine Mitgliederversammlung abgehalten würde, im neuen Jahre ein besseres Resultat. Auch der verstorbenen Mitglieder gedachte unser Kollege. Mit dem Wunsch, den Verband treue zu bewahren, vornahm er, rückwärts nimmer, schloß Kollege Förster den Jahresbericht. Nachdem noch einige Punkte erledigt waren, und Kollege Krebs den Kartellbericht erstattet hatte, schloß unser Vorsitzender die recht mäßig besuchte Versammlung.

Löhne. Unsere am 12. Jan. stattgefundene Generalversammlung hatte einen ziemlich guten Besuch aufzuweisen. Kollege Pflaß sprach zunächst über die heutige wirtschaftliche Krise. Eine lebhafte Debatte entspann sich, als bei Punkt drei Kollege Pflaß erklärte, den Vorsitz nicht wieder übernehmen zu wollen. Nachdem derselbe die Gründe für sein Verhalten klargestellt, wurde an seine Stelle Kollege Hüller als Vorsitzender gewählt. Weiter wurden gewählt Kollege Freude als Kassierer und Kollege Kühlung als Schriftführer.

Ottelbach (Pflaß). Dagegen aus gewissen Gründen schon geraume Zeit keine Mitgliederversammlung mehr stattfand, so war doch die Generalversammlung am 12. d. h. nur schwach besucht. Die Mitteilung des Kollegen Kuhn-Eisenbach, daß unser bisheriger Bezirksvorsitzender Kollege Müller die Pflaß abtreten mußte, wurde mit großem Beifall entgegen genommen. Alsdann gab der Kassierer den Jahresbericht vom IV. Quartal, sowie vom ganzen Geschäftsjahr bekannt, woran sich eine lebhafte Debatte schloß. Kollege Wader als Revisor erklärte, eine saubere Buchführung und alles in bester Ordnung gefunden zu haben, worauf dem Kassierer Döhring erteilt wurde. Unter Leitung des Kollegen Kuhn wurde die Erziehung der statutengemäß auszuscheidenden Kollegen schriftlich vorgenommen. Auch ein Kollege aus der Spinnerei wurde in den Vorstand gewählt, was im Interesse einer weiteren Ausbreitung unserer Ortsgruppe sehr zu begrüßen ist. Sodann erstunte uns Kollege Kuhn-Eisenbach durch einen sehr lehrreichen Vortrag. In längeren Ausführungen beantwortete er die Frage: „Darf ein Christ sich an der sozialen Bewegung beteiligen?“ Er wies nach, daß ein Christ nicht nur berechtigt, sondern daß es seine heiligste Pflicht ist, hier mitzuarbeiten, sich und seiner Familie eine sichere Existenz zu verschaffen und nicht die ganze Arbeiterbewegung durch die Sozialdemokratie verfeuchten zu lassen. Er erteilte reichen Beifall. In der Diskussion forderte ein Kollege auf, dies zu beherzigen und agitatorisch auszunutzen. Zu den bisherigen Beitragsklassen wurde die V. (40 Pfg.) neu gewählt, jedoch nicht obligatorisch eingeführt. Nachdem noch einige interne Angelegenheiten besprochen und geregelt waren, wurde die Versammlung geschlossen.

Rheine. Zahlreich besucht wie nie zuvor, war eine Versammlung, welche vom christlichen Gewerkschaftskartell zum 12. Januar einberufen war. Auch die „Genossen“ waren zur Stelle. Letztere verfügen hier über kein Lokal und glauben deshalb, unsere Versammlungen ausnutzen zu müssen. Zunächst referierte Kollege Jumbrod von den christlichen Bauhandwerkern über „die letzten wirtschaftlichen Kämpfe und deren Lehren“. Kollege Franzen vom christlichen Metallarbeiterverband sprach sodann über „die Schädigung der Arbeiterinteressen durch die sozialdemokratischen Gewerkschaften“. In der Diskussion schiedten die „Freien“ den Genossen Castrup-Vielseid ins Feld. Er berückte nach Genossen-Manier im Tribün zu sitzen, sich und die „freien“ Gewerkschaften als die getränkte Leberwurst hinzustellen, mehrmals durch schallendes Gelächter unterbrochen. Doch meinte „Genosse“ Castrup, nicht könne er überzeugen, sondern er rede nur, um die Meinungen zu klären. Wie die Kasse um den heißen Brei suchte er sich um die trennenden Momente herumzuschlingeln. Namentlich mit dem letzten Redner war er nicht einverstanden. Die „Freien“ seien die „würdevollen“ Vertreter der Arbeiterinteressen. Die christlichen Agitatoren seien ihm politische und wirtschaftliche Käsef. Castrup kann wohl als das „innere“ Käsef gelten, denn in einem Atemzuge bekannte er sich als Sozialdemokrat und Mann von Religion. Stolz nannte er seine Partei die der „freien Meinungsäußerung“. (Wer laßt da? D. R.) Die christlichen Gewerkschaften seien gegründet als Bollwerk gegen die Sozialdemokratie von Geistlichen. Wenn seinen Worten, die freien Gewerkschaften ließen jedem seine Meinung und seine Religion, großes Gelächter folgte, so wird er ob solcher Mägen wohl nichts anderes erwarten haben. Gewerkschaftssekretär Jumbrod be-

wies den Genossen, daß man zur Vertretung der Arbeiterinteressen keinesfalls der sozialdemokratischen Partei anzugehören brauche, sie würden auch von den bürgerlichen Parteien vertreten, in denen die Arbeiter sich nur noch mehr Geltung verschaffen müßten. Was für den Arbeiter geschaffen sei, sei der entprechenden Armenunterstützung vorzuziehen, wenn auch weiteres zu erstreben sei. Was die Sozialdemokratie für die Arbeiter tue, ersehe man aus dem Notizbuche des Vorsitzenden des Seemannsverbandes, Müller, der vor einiger Zeit geschrieben, wenn es in dieser Hinsicht nicht bald besser würde, müßten sie zu den bürgerlichen Parteien gehen. Genosse Castrup verjuchte nochmals, seine schwache Position zu retten, hatte aber damit kein Glück. Sein Appell an die „Nachsichteliebe der Christlichen“, die den Genossen doch zu einem Versammlungsstolz verheßen möchten, zauberte ein nicht erdenkliches Gelächter der Anwesenden hervor. Nunmehr stellte sich ein Genosse Bischer als Opfer christlichen Terrorismus vor. Seine Behauptungen stellten sich jedoch nach seinen eigenen Schilderungen als unaufrichtig heraus.

Kollege Jumbrod wies noch einmal die Behauptungen der Genossen zurück in derartig sachlicher Weise, daß die letzteren nichts mehr zu erwidern hatten. Kollege Franzen, der im Schlusssatz sich noch eingehend mit den Schandtatzen der Genossen beschäftigte, sollte niedergebückt werden, doch zogen wegen der energischen Versammlungsleitung die Genossen das Verlassen des Lokals vor. Mit einem begeisterten aufgenommenen Hoch auf die christlichen Gewerkschaften wurde die impotente Versammlung geschlossen. Nun Kollegen von Rheine, wir haben hier gesehen, daß wir auch eine freie Aussprache nicht zu fürchten brauchen. Benutzt jetzt die Zeit zur Agitation, die Zeit ist günstig, werbt und arbeitet, bis der letzte christliche Arbeiter und die letzte Arbeiterin für unsere edle und gerechte Sache gewonnen ist!

wies den Genossen, daß man zur Vertretung der Arbeiterinteressen keinesfalls der sozialdemokratischen Partei anzugehören brauche, sie würden auch von den bürgerlichen Parteien vertreten, in denen die Arbeiter sich nur noch mehr Geltung verschaffen müßten. Was für den Arbeiter geschaffen sei, sei der entprechenden Armenunterstützung vorzuziehen, wenn auch weiteres zu erstreben sei. Was die Sozialdemokratie für die Arbeiter tue, ersehe man aus dem Notizbuche des Vorsitzenden des Seemannsverbandes, Müller, der vor einiger Zeit geschrieben, wenn es in dieser Hinsicht nicht bald besser würde, müßten sie zu den bürgerlichen Parteien gehen. Genosse Castrup verjuchte nochmals, seine schwache Position zu retten, hatte aber damit kein Glück. Sein Appell an die „Nachsichteliebe der Christlichen“, die den Genossen doch zu einem Versammlungsstolz verheßen möchten, zauberte ein nicht erdenkliches Gelächter der Anwesenden hervor. Nunmehr stellte sich ein Genosse Bischer als Opfer christlichen Terrorismus vor. Seine Behauptungen stellten sich jedoch nach seinen eigenen Schilderungen als unaufrichtig heraus.

Kollege Jumbrod wies noch einmal die Behauptungen der Genossen zurück in derartig sachlicher Weise, daß die letzteren nichts mehr zu erwidern hatten. Kollege Franzen, der im Schlusssatz sich noch eingehend mit den Schandtatzen der Genossen beschäftigte, sollte niedergebückt werden, doch zogen wegen der energischen Versammlungsleitung die Genossen das Verlassen des Lokals vor. Mit einem begeisterten aufgenommenen Hoch auf die christlichen Gewerkschaften wurde die impotente Versammlung geschlossen. Nun Kollegen von Rheine, wir haben hier gesehen, daß wir auch eine freie Aussprache nicht zu fürchten brauchen. Benutzt jetzt die Zeit zur Agitation, die Zeit ist günstig, werbt und arbeitet, bis der letzte christliche Arbeiter und die letzte Arbeiterin für unsere edle und gerechte Sache gewonnen ist!

Wirselen. Unsere am 12. Jan. abgehaltene Generalversammlung hätte sich in Betracht der wichtigen Tagesordnung eines besseren Besuches erfreuen dürfen. Nachdem der Vorsitzende einen kurzen Rückblick auf das verfloßene Jahr gegeben und des verstorbenen Kollegen Epif gedacht, ging man zur Tagesordnung über. Zu Punkt 1, Vorstandswahl, wurde Kollege Hubert Koberberg als Vorsitzender einstimmig wiedergewählt; ebenfalls wurde Kollege Josef Schimmer wiedergewählt. Kollegin Dören wurde neugewählt. Als Kartelldelegierten wurden die Kollegen Josef Schimmer, Heiner Schmitz und Peter Scherrin gewählt, als Kassierer die Kollegen Franz Leiften und Gerhard Kahlen. Das Amt als Vertrauenspersonen nahmen die Kollegen Peter Krings und Geschwister Vorsh an. Dem Kassierer wurde unter Dank Entlastung erteilt. Zum Punkt 2, Festsetzung der Beiträge für das kommende Jahr, war die Versammlung sich darüber einig, es wie bisher zu belassen, jedoch sollte es jedem einzelnen überlassen bleiben, sich höher zu versichern. Die meisten Kollegen erklärten sich für 40 Pfg., die anwesenden Kollegen in der Mehrzahl für 30 Pfg. Wochenbeitrag. Nach einer kurzen Aufklärung über das Treiben der Genossen von Krefeld und Wachen (siehe Wechnachtsfester) fand die Versammlung ihren Abschluß.

Aus unserer Industrie.

Spinnerei Deutschland in Cronas i. W.

Im Geschäftsjahr 1907 wurden bei Garne 2924041 Mt. (i. B. 2910815 Mt.) vereinnahmt. Dagegen wurde verausgabt für Baumwolle 1855852 Mt. (2047195 Mt.), für Verbrauch anderer Rohstoffe 102103 Mt. (96130 Mt.), für Löhne und Löhnen 430749 Mt. (388834 Mt.), Zinsen 65937 Mt. (61579 Mt.). Bei einer Erhöhung der Einnahmen um 13226 Mt. gegenüber dem Vorjahre konnte im Berichtsjahr die Ausgabe um 144087 Mt. ermäßigt werden. Das war nur infolge vorteilhafter Einkaufs der Baumwolle möglich; denn alle anderen Ausgaben sind höher, als im Vorjahre, in die Gewinn- und Verlustrechnung eingestellt. Nach Festsetzung von 74990 Mt. (76321 Mt.) für Abschreibungen und den Vorkaufbestand und 22448 Mt. (13298 Mt.) zur Rücklage verbleibt von dem erzielten Ueberschuß ein Gewinn von 373953 Mt. (24154 Mt.), aus welchem, nach dem Beschlusse der Hauptversammlung, auf das 1100000 Mt. betragende Aktienkapital eine Dividende von 20 Proz. (15 Proz.) zur Ausschüttung kommt.

Bericht über die Lage der Textilindustrie.

Es geht bergab mit dem Geschäftsgange. Der Verkehr auf dem Berliner Wolmarkt war, so weit deutsche Wollen inbetracht kamen, in der letzten Woche ziemlich ruhig; Abschlüsse kamen nur in geringen Mengen zustande, ohne daß die Preise eine nennenswerte Veränderung gegenüber der Vorwoche aufwiesen. Auch auf dem Markt für überseeische Wollen kamen Verkäufe von Bedeutung nicht zustande; Kapwollen erfreuten sich wiederum der Hauptnachfrage, auch hier haben die Preise keine Veränderung erlitten. Was den Kammszugmarkt in Leipzig anbelangt, so haben sich die Käufer in der letzten Woche bedeutend mehr an Unternehmungen beteiligt, als es in den Vorwochen der Fall war. Erhöhter Nachfrage in groben Genres hatten besonders starke Nachfrage und wurden bei erhöhten Preisen in größeren Mengen umgesetzt. Dagegen gelang es den Verkäufern von Merinotakanizügen, ihre Preise etwas zu erhöhen. Vom Berliner Garnmarkt wird neues von Belang nicht gemeldet. Der ruhige Geschäftsgang hat nicht nur angehalten, sondern sich noch verschärft, was die Preisnotierungen keinesfalls günstig beeinflusst, obgleich die Notierungen in den letzten Tagen allerdings eine Befestigung erfahren haben. Was den Stoffmarkt anbelangt, so war das Geschäft, wie immer zu Anfang des Jahres, ziemlich ruhig und von irgendwelchen neuen Abschlüssen von Belang wurde nichts bekannt. Vom deutschen Futtermittel- und Futtegewerkschaft liegen ebenfalls neue Meldungen nicht vor. Die feste Tendenz besteht und die Beschäftigung bei den Spinnern und Fabrikanten läßt nichts zu wünschen übrig. Aus M.-Glabbach wird bezüglich des Verlebes in den niederrheinischen Baumwollwebereien gemeldet, daß neue Aufträge in der letzten Woche nur zu sehr geringem Umfange bei den Fabrikanten eingegangen; die Beschäftigung in den Webereien ist jedoch noch für mehrere Monate hinaus ausreichend und die Preise bleiben infolgedessen fest behauptet. Auf dem Crefelder Rohseidenmarkt ist das Geschäft außerordentlich still, und was seidene Gewebe anbetrifft, so kamen auch hier irgendwelche Abschlüsse nicht zustande.

Gewerkschaftliches.

Aus unseren Verbänden.

Ein gutes gewerkschaftliches Stiftungsfest.

Die Ortsgruppe Wirselen des christlichen Metallarbeiterverbandes konnte am 1. Dez. v. J. auf ein sechsjähriges Bestehen zurückblicken. Was lag näher, als diesen Gedenktag in einer würdigen Weise zu feiern? Und wie begingen die wüchsigsten organisierten Arbeiter ihr Stiftungsfest? Sie beriefen eine Vertrauensmännerkonferenz ein, teilten die ganze Stadt in Reviere, und am 1. Dez. konnte man die eifrigen Agitatoren durch die Straßen ziehen sehen, in jedes Haus einkehrend, wo ein unorganisierte Metallarbeiter anzutreffen war. Die Wirseler Kollegen begingen ihr Stiftungsfest dadurch, daß sie eine Hausagitation abhielten, die 200 noch unorganisierten Metallarbeiter für den Verband zu gewinnen. Das war eine Feier, die von einem wahrhaft echt gewerkschaftlichen Geiste zeugte.

Es ist schon wiederholt in unserem Organ auf die Unfälle der Stiftungsfeste, Winterfeste, und wie die Feste alle heißen mögen, hingewiesen worden. Nichtsdestoweniger scheint es sich in manchen Ortsgruppen geradezu „einzubürger“ im Jahre allerletzt mögliche Feste zu begehen, selbstverständlich nicht ohne das unvermeidliche „nachfolgende Tanztränzchen“. Wir kennen die Gründe, die manchen Kollegen zu der Arrangierung solcher Festlichkeiten veranlassen. Die Vergnügungssucht, die Oberflächlichkeit, hat leider Gottes auch in manchem Arbeiter jeden Drang zu ernst, gründlicher Arbeit erstickt. Wenn er die ganze Woche vom frühen Morgen bis hinein in den Abend in dem dummen Fabrikraum gestanden hat, dann meint er, sich Sonntag als freier Mann in den tollen Tummel der Vergnügungen stürzen zu müssen. Das erstickt die Regungen für ernste geistige Arbeit. Diese Leute sieht man niemals auf den Versammlungen, wenn sie auch Mitglieder sind. Um diese auch einmal auf den Versammlungen zu sehen, um auch ihnen die Notwendigkeit der Mitarbeit aller an der Kulturmission der christlichen Gewerkschaftsbewegung einzupredigen, lassen sich manche Kollegen zu einem Festchen verleiten. Der Erfolg ist jedesmal gleich Null. Man kann nicht mit Teufeln den Vergleich austreiben. Andere Vorstände meinen mitunter: „Die roten machen es auch! Wir gewinnen dadurch besonders Arbeiterinnen.“ — Wenn wir mit dieser Art „Agitation“ Arbeiterinnen gewinnen müßten, dann wäre es schon weit gekommen. Wenn die Genossen so arbeiten, so können und dürfen wir ihnen dabei nicht nachmachen. Die prinzipiellen Unterschiede zwischen christliche und sozial. Gewerkschaften erfordern auch einen Unterschied in den Mitteln zur Gewinnung neuer Mitglieder. Auf das Gebiet der Vergnügungen dürfen wir den roten nicht folgen bei der Agitation. An den Mitgliedern, die sie mit Alkohol und Tingeltangel gewonnen haben, werden sie niemals echte Gewerkschaftler haben. Es kommt eben nicht so sehr auf die Zahl, als vielmehr auf den Geist der Mitglieder an.

Feste feiern gehört nicht zu den Aufgaben einer Gewerkschaft; wir sollen die Mitglieder zum Eintritt in die konfessionellen Arbeitervereine zu bewegen suchen, dort ist genügend Gelegenheit für schöne und edle Erholung gegeben. Schon mancherorts haben sich die Gewerkschaften ein gepaantes Verhältnis geschaffen mit den konfessionellen Vereinen, weil sie durch Abhalten von Stiftungsfesten, Sommerfesten und ähnlichen Festen in das Tätigkeitsgebiet der letzteren eingriffen. Die Gewerkschaften haben aber aus prinzipiellen und agitatorischen Gründen alle Veranlassung, sich mit den Arbeitervereinen ein freundschaftliches Verhältnis zu erhalten. Der Schaden, der einer Ortsgruppe durch Veranstaltung von Festen erwächst, überwiegt den Nutzen in der Regel um das Zehnfache. Wenn absolut gefeiert werden soll, dann wird ein gemeinsames Kartellfest einmal im Jahre genügen. Es sei daran erinnert, daß auch der Ausschluß des Gesamtverbandes wiederholt im obigen Sinne zu dieser Frage Stellung genommen hat und auch einen diesbezüglichen Beschluß gefaßt hat. Beschlüsse müssen gehalten werden. Allen Ortsgruppen kann das „Fest“ der Wirseler Metallarbeiter zur Nachahmung empfohlen werden.

Einem neuen Fortschritt hat der christliche Hilfs- und Transportarbeiterverband mit dem 1. Januar 1908 gemacht. Dieser Organ, die „Gewerkschafts-Zeitung“, erscheint seit diesem Tage in vergrößertem Format, womit den Wüchsigsten Mitglieder entgegen gesprochen wird. Bei den vielen Sparten von Arbeitern, die der Verband umfaßt, war es bisher oft nicht möglich, allen Anforderungen gerecht zu werden. Mit der Vergrößerung wird das Uebel zum Teil beseitigt, ein besseres Wachstum des Verbandes gesichert und für weitere Schulung der Mitglieder Sorge getragen. — Der gleiche Verband sandte uns auch seinen Rechenschaftsbericht, der die Periode vom 1. April 1906 bis 31. März 1907 umfaßt und einen erfreulichen Einblick in das eifrige Schaffen eines sorgsamsten Verbandsleitung und tüchtiger Mitglieder bietet. Danach zählte der Verband am Schluß des ersten Quartals 1907 13800 Mitglieder; die heutige Gesamtmitgliederzahl dürfte annähernd 20000 erreichen. Bezüglich des Finanzgebühres ist zu erwähnen, daß der Verband in dem einen Berichtsjahr 210267,11 Mt. an Einnahmen und 162050,70 Mt. an Ausgaben zu verzeichnen hat, so daß am 1. April 1907 einschließlich des Vermögensstandes bei den Kassisten und an Inventarwert ein Gesamtvermögen von 6634041 Mt. vorhanden war. An den Einnahmen und Ausgaben lassen sich am allerbesten die Leistungen des Verbandes erkennen. Das Unterhaltungswesen verursachte eine Ausgabe von 50219,06 Mt., wovon der größte Teil für Streit- und Maßregelungsunterstützung notwendig war. Einen schmerzlichen Verlust hatte der Verband zu Beginn des neuen Jahres 1907 zu verzeichnen, als am 5. Januar dessen erster Zentralvorsitzender unerwartet schnell aus dem Leben geschieden ist. Mit der Last, welche er seit Jahren im Interesse des Verbandes auf sich getragen, ist er in das Grab gesunken. Als Dankschuldigkeit gegenüber dem verstorbenen Vorsitzenden, bekräftigte es der Interimsvorsitzend, dafür zu sorgen, daß der Verstorbene für seine Hinterbliebenen keine Sorge hat. „Das beste Andenken werden unsere Mitglieder dem teuren Verstorbenen walten“, heißt es in dem Berichte, „wenn sie die von ihm immer und immer wieder gegebenen Ermahnungen hochhalten.“

Der christliche Schneiderverband gibt in der letzten Nummer seines Verbandsorgans bekannt, daß er mit dem Arbeitgeberverband für das Schneidergewerbe eine Vereinbarung getroffen, wonach in Zukunft die Kündigung der bestehenden Tarifverträge drei Monate vor Ablauf zu erfolgen hat, und daß

deselben auch gleichzeitig der neue Tarif mit einzuleiten ist. Bei eingereichten Abänderungen und Erträgen sollen 14 Tage nach der Kündigung die Verhandlungen der örtlichen Instanzen beginnen, alle Tarifverträge gewerbezugsrechtlich festgelegt und somit für das ganze Gewerbe, bindende Kraft erlangen. Sämtliche abzuschließenden Verträge werden in letzter Linie zwischen den Hauptvorständen der Arbeitnehmer- und Arbeitgeberorganisation abgeschlossen. Bemerkenswert ist noch, daß bei allen Verhandlungen in der Lohnfrage auch die Minderheiten der Organisationsrichtungen der Arbeiter herangezogen werden sollen. Somit steuern wir auch in dieser Branche dem Ziele eines einheitlichen, auf das ganze Reich sich erstreckenden Tarifvertrages entgegen.

Die Polizeibehörde gegen den christlichen Keramarbeiterverband. Vor einiger Zeit wurde in Künsebeck (Westf.) trotz des Widerstandes von verschiedenen Seiten eine Zahlstelle des christl. Keramarbeiterverbandes gegründet. Obwohl jeder Wirt auch die Arbeiter gern in seinem Gastlokal sieht und schmunzelnd die Arbeitergroßen einstreicht, hat doch jeder auch die verschiedenen Ortsgroßen Rücksicht zu nehmen, weshalb für die christliche Arbeiterbewegung in Künsebeck ein Lokal nicht zu haben ist. Am 19. Dez. gelang es endlich nach vieler Mühe, ein Lokal für eine christliche Arbeiterversammlung zu bekommen. Aber das scharf machende Auge der Künsecker Obrigkeit hatte, obwohl dem Buchstaben des Gesetzes bis auf das Tüpfelchen Genüge getan war, in ihrer Fürsorge ein Mittel erdacht, um das Schreckliche zu verhüten und die Versammlung der Arbeiter zu vereiteln. Kurz und bündig wurde dem Wirt von Amts wegen erklärt, er dürfe nicht dulden, daß sich in seinem Hause die Arbeiter versammeln. Als die Versammlung eröffnet werden sollte, erklärte der in Begleitung eines Polizisten erschienene Gendarm dem Rezenten, daß die Versammlung nicht eröffnet werden dürfe, weil sich der Wirt entschlossen habe, die Versammlung in seinem Lokale nicht zuzulassen.

Graf Poldowski hat wiederholt als Staatssekretär die große nationale Bedeutung der christlichen Arbeiterbewegung anerkannt, der Oberpräsident von Schlesien begrüßt J. H. den Breslauer Kongress der christlichen Gewerkschaften mit warmen Worten der Sympathie, der jetzige Staatsminister v. Bethmann-Hollweg hat als eine der größten Aufgaben der heutigen Zeit die Einordnung des Arbeiterstandes in die bestehende Gesellschaftsordnung anerkannt — und so ein Dasein jenseits der Reichsgrenzen zu verleiht, was der christlichen Gewerkschaft allerlei Schwierigkeiten zu machen, wahrscheinlich, weil der Herr Unternehmer des Daseins die Gewerkschaften nicht mag. Daß so etwas noch möglich ist im zwanzigsten Jahrhundert, sollte man kaum für möglich halten. Doch, man kann ja allerlei wunderliche Dinge erleben von unserer schneidigen preussischen Polizei, namentlich in den kleinen Orten, wo der Unternehmer als der König eine unumgängliche Herrschaft ausüben kann, der sich alle Eingeweihten als simple Untertanen beugen müssen. Unternehmer und Behörde — diese Allianz verdirbt mehr an Vertrauen zur heutigen Staatsordnung, als die blutrünstigste sozialdemokratische Rede.

Aus der allgemeinen Arbeiterbewegung.

Die ersten Sonderklausen. Mit einer Auflage von hunderttausend Exemplaren ist die „Westdeutsche Arbeiterzeitung“ in das neue Jahr getreten. Das ist ein Erfolg, dessen sich nicht allein die Mitglieder der kath. Arbeitervereine, sondern auch die christlichen Gewerkschaftler freuen dürfen. Von ihrem Erscheinungstage an hat die „Westdeutsche“ nachdrücklich die christlichen Gewerkschaften unterstützt, sie hat uns die Wege gezeigt, die wir gehen mußten, und in den vordersten Reihen mitgekämpft, der christlichen Gewerkschaft freie Bahn zu schaffen. Eine Fülle von Klagen haben die Mitglieder der christlichen Gewerkschaften aus der Westdeutschen geäußert, wodurch sie befähigt wurden, den Kampf gegen ihre vielen und starken Widersacher mit Erfolg zu führen. Die ganze Entwicklung der christlichen Gewerkschaftsbewegung ist mit der „Westd. Arbeiterztg.“ eng verknüpft. Als die verschiedenen Verbände noch zu schwach waren, eigene Verbandstage herauszugeben, hat die Westdeutsche ihnen als Organ gedient. Die Auflage von 100.000 ist ein Beweis nicht nur für die äußere Stärke der christlich-nationalen Arbeiterbewegung, sondern auch für ihre innere Kraft, für ihre geistige Reife. Möge die Abonnatenzahl der Westdeutschen weiter wachsen. Mit ihr wächst die Zahl der Streiter für die Gleichberechtigung der christlichen Arbeiterklasse.

Ein soziales Stadtverordneten-Kollegium. In Gronau i. Westf. hatte das Stadtverordneten-Kollegium jüngst ein Gutachten abzugeben über die Notwendigkeit eines Kreisgewerbegerichtes. Die „Westdeutsche“ Vertreter der Bürgerchaft, die zur Zeit der Wahl auch gerne die Stimmen der Arbeiter haben möchten, verneint einstimmig das Bedürfnis für ein Gewerbegericht. In Gronau allein sind über 5000 Textilarbeiter beschäftigt, in dem ganzen Kreise werden vielleicht rund 10000 Arbeiter beschäftigt sein, für die das Gewerbegericht zuständig gewesen wäre. Der Antrag auf Errichtung eines Gewerbegerichtes war von 14 Vereinen bzw. Verbänden — darunter auch zwei Sondervereinigungen — mit zusammen 5000 Mitgliedern unterstützt. — Die Stadtverordneten von Gronau wären besser als die 5000 Antragsteller, noch der Arbeiterchaft oder dem sozialen Frieden dienlich. Man könnte eine Saure schreiben auf die Arbeiter, die bei Wahlen — auch wieder bei der letzten Wahl im Dezember — solche Leute als ihre Vertreter wählen. Ob die Arbeiter von Gronau bald ihre weiteren Freunde erkennen? Ob sie bald einsehen, daß die Arbeiter über die konfessionellen Begrenzungen hinaus die Hände zu gemeinsamen Handeln reichen müssen? Wenn Ja und wenn Ja, Arbeiter sind gegenständig beizugehen, dann macht der Feind einer heillosen Arbeiterchaft die Hand dazu. Arbeiter von Gronau, ihr müßt arbeiten für die Interessen eures Standes unermüdet!

Das ist daselbe Gronau, dessen Polizeibehörde f. J. einen Antrag gegen die christlichen Gewerkschaften an die Ortsverwaltung — was aber wegen dessen Unzulässigkeit abgelehnt wurde. Das erklärt man sich! Es wird unermüdet sein, das Gewerbegerichtgesetz dahin zu erweitern, daß auch für Kreise ähnliche Bestimmungen getroffen werden, wie sie jetzt für Städte mit mehr als 20000 Einwohnern bestehen. Die Folge ist das Gewerbegericht bekanntlich obligatorisch.

Allgemeine Rundschau.

Soziale Rechtsprechung.

Wann liegt ein Betriebsunfall vor? Durch eine wichtige Entscheidung des Reichsversicherungsamtes vom 11. Juli 1907 wurde der Begriff „Betriebsunfall“ erheblich erweitert und erläutert. Als wesentliches Merkmal eines Betriebsunfalles gilt im allgemeinen: unfälliger, zeitlicher und örtlicher Zusammenhang zwischen Betrieb und Unfall. Eine scharfe Begrenzung des Begriffs „Betriebsunfall“ gibt es trotz der vielen grundsätzlichen Entscheidungen des Reichsversicherungsamtes nicht. Auf viele Jahre hinaus wird der Begriff „unfalliger und zeitlicher Zusammenhang“ die Juristen und Sozialpolitiker beschäftigen. Zu verstehen ist darunter: ein plötzliches, d. h. zeitlich verhältnismäßig eng begrenztes außergewöhnliches Betriebsereignis, welches den Versicherten bei Ausführung seiner Berufsarbeit verletzt oder tötet. Demnach sind Gewerbe- und Berufskrankheiten, z. B. die Wurmtkrankheit, Bleivergiftung u. a. m. keine Betriebsunfälle. Dieses sind vielmehr chronische (langsam schleichende) Krankheiten, die von der Berufsgenossenschaft nicht entschädigt werden. Die Entscheidung des Reichsversicherungsamtes vom 11. Juli u. Zs. läßt erfreulicherweise erkennen, daß an dem Worte „plötzlich“ nicht stark festgehalten wird; vielmehr eine durch Ausübung des Berufs zugelegene tödlich verlaufene Krankheit als Betriebsunfall bezeichnet werden kann.

Der Schlosser B. in Verne zog sich beim Reinigen von zwei Ammoniakfässeln eine Gasvergiftung zu, welche zu einer Entzündung der Atmungsorgane führte, der er nach einigen Tagen erlag. Der von der Witwe geltend gemachte Anspruch auf Hinterbliebenenrente wurde sowohl von der Berufsgenossenschaft als auch dem Schiedsgericht in Verneberg zurückgewiesen. Die Abweisung stützte sich auf die Gutachten zweier Ärzte, die den Tod als die Folge „einer gewöhnlichen Erkrankung“ bezeichneten; ein vom Schiedsgericht eingefordertes Gutachten von der Akademie für praktische Medizin in Köln gab die Möglichkeit eines Unfalles in Gestalt einer Ammoniakvergiftung zu, nicht aber die Wahrscheinlichkeit. Dieses, in Verbindung mit der irrigen Annahme, das Reinigen der Kessel habe eine ganze Woche gedauert, bildeten die Grundlage der Abweisung.

Das Reichsversicherungsamt hatte zunächst ein weiteres Gutachten von Herrn Prof. Dr. Lemmerlein ein. Nach ausführlicher Schilderung über den Verlauf der Krankheit des B. kommt dieser Obergutachter zu dem Erkenntnis: Es liegt ein genügender Grad von Wahrscheinlichkeit vor, der dafür spricht, daß der Tod des B. auf die Einatmung von Ammoniakgas zurückzuführen ist. Daraufhin hob das Reichsversicherungsamt das Urteil des Schiedsgerichts auf und verurteilte die Berufsgenossenschaft zur Zahlung der Hinterbliebenenrente vom 21. Dezember 1905 an. In der Entscheidung heißt es u. a.: Das Schiedsgericht hat im Gegensatz zum Schiedsgericht sowohl einen Betriebsunfall für erwiesen, als auch einen unfälligen Zusammenhang des Todes mit diesem Unfälle für hinreichend wahrscheinlich erachtet. Die Annahme des Schiedsgerichts, daß der Verstorbenen einer Gewerbekrankheit zum Opfer gefallen sei, ist nicht haltbar, da er alle Monate nur etwa dreimal mit der Reinigung von Ammoniakapparaten zu tun hatte, und auch unmittelbar vor seinem Tode damit nicht acht Tage lang, sondern nur am 14. und 15. Dez. 1905 beschäftigt gewesen ist. Nach Professor Dr. Lemmerlein hält aus medizinischen Gründen eine chronische Ammoniakvergiftung für sehr unwahrscheinlich und führt vielmehr den Tod auf eine akute Vergiftung zurück. Diese hat sich der Verstorbenen nach Ansicht des Sachverständigen nur durch die Betriebsunfälle am 14. und 15. Dezember 1905 zuziehen können. Da nach den Zeugenaussagen der Geruch nach Ammoniak in den engen Apparaten sehr groß gewesen ist, sich also sehr viel Ammoniakgas darin befand hat, so daß der Verstorbenen sich jedesmal nur 1 bis 2 Stunden auslasten konnte, so hat er an diesen Tagen eine reichliche Menge des gesundheitsschädlichen Gases eingeatmet. Da jerner die Reinigung an jedem der beiden Tage nur insofern „zu“ bis höchstens zwei Stunden gedauert hat, so bildet sie eine zeitlich bestandenbare, in einem kurzen Zeitraum eingetretene Ereignis. Die Körperbeschädigung, die sich bei Verstorbenen dabei zugezogen hat, ist also als Unfall anzusehen. Was die Frage des unfälligen Zusammenhangs angeht, so hat die Vergiftung eine Zufallsentwicklung zur Folge gehabt, die dann an Stärke und Ausdehnung rasch zunahm, auf die feineren Gefäßwand und schließlich auf die Lunge übergriff und binnen fünf Tagen durch Atemwegsverengung zum Tode führte. Da hiernach der Tod mit akuter, aber Wahrscheinlichkeit auf einen Betriebsunfall zurückzuführen ist, ist der Anspruch der Hinterbliebenen auf Zahlung der Hinterbliebenenrente als berechtigt zu erachten.

Allgemeines.

Befreiung des Arbeiterstandes durch die Sozialkassen. Der Reichsversicherungsamt hat am 27. März die „Westdeutsche“ über die Befreiung des Arbeiterstandes durch die Sozialkassen berichtet. In dem Bericht wird die Befreiung des Arbeiterstandes durch die Sozialkassen als ein wichtiger Schritt zur Gleichberechtigung der Arbeiterklasse bezeichnet. Die Sozialkassen sind als ein Mittel zur Bekämpfung der Armut und zur Förderung der sozialen Gerechtigkeit dargestellt. Die Sozialkassen sind als ein Mittel zur Bekämpfung der Armut und zur Förderung der sozialen Gerechtigkeit dargestellt. Die Sozialkassen sind als ein Mittel zur Bekämpfung der Armut und zur Förderung der sozialen Gerechtigkeit dargestellt.

Das ist daselbe Gronau, dessen Polizeibehörde f. J. einen Antrag gegen die christlichen Gewerkschaften an die Ortsverwaltung — was aber wegen dessen Unzulässigkeit abgelehnt wurde. Das erklärt man sich! Es wird unermüdet sein, das Gewerbegerichtgesetz dahin zu erweitern, daß auch für Kreise ähnliche Bestimmungen getroffen werden, wie sie jetzt für Städte mit mehr als 20000 Einwohnern bestehen. Die Folge ist das Gewerbegericht bekanntlich obligatorisch.

alles Gewonnene wieder zu nichte macht, sondern noch neue größere Schädlichkeiten aufwirft!

Da haben die Krankenkassen ihre Mission zu erkennen, die ihnen als den am weitesten mit den Versicherten in Berührung stehenden Organismen zufällt. Wenn ihre Organe und Beamten sich nicht damit begnügen, die Ausgaben zu erfüllen, die ihnen Gesetz und Statut ausdrücklich auferlegen, sondern darüber hinaus wirklich sozial wirken wollen, so ist die Befreiung des Arbeiterstandes durch die Sozialkassen ein Schritt, der dem Arbeiterstande einen großen Gewinn bringt. Sie müssen den Einfluss, den sie haben, dafür geltend machen, und jede Gelegenheit, die sich ihnen bietet, dazu benutzen, um den Arbeiter davon zu überzeugen, daß vom Arbeiterstande die größte Gefahr droht, daß die Trunkucht der unverschämlichen Feinde jeglichen Kulturfortschritts ist. Wir können diese Mahnung nur unterfassen. Was unterfassen bedeutet, ist, um in Arbeiterkreisen den Arbeiterstand durch die Sozialkassen zu befreien, soll und muß geschehen, schon im Interesse des Arbeiterstandes. Der Einwand, daß die besseren Stände in der Regel mehr trinken und schwerere Getränke als die Arbeiter und nur deshalb die Folgen nicht so sehr hervorbrüten, weil diese sich besser nähren können, darf uns in unseren Befreiungen nicht irren machen. Dem B. ist ein Beispiel, das oben leider nur zu oft gegeben wird, wollen wir nicht folgen.

Industrielle Frauenarbeit und Gewerbeaufsicht. Hinsichtlich der industriellen Frauenarbeit und der weiblichen Gewerbeaufsicht ergeben sich nach der neuesten Statistik interessante Zahlen. Danach steigt die Zahl der Betriebe mit weiblichen Arbeitern rapide. Im Jahre 1902 wurden in 45699 Fabriken 860087 Arbeiterinnen und 16 Jahre beschäftigt. 1906 wurden 80520 Fabriken mit 1005892 erwachsenen Arbeiterinnen gezählt. Trotzdem gab es 1906 nur 24 weibliche Aufsichtsbeamten gegen 13 im Jahre 1902. Prüfen hat die Zahl dieser Beamten seit dem Jahre 1903 nicht vermehrt, vielmehr blieb es bei der Anstellung von vier Beamtinnen, die im Jahre 1906 in Preußen 45960 Fabriken mit 518034 erwachsenen Arbeiterinnen zu kontrollieren hatten. Bayern hat ebenfalls vier, Sachsen fünf, Württemberg und Hessen je zwei, verschiedene Staaten je eine, während die weiblichen Aufsichtsbeamten in 14 Bundesstaaten vollständig fehlen.

Wortpreis und Haushaltsaufwand. Eine amtliche Ermittlung des Einflusses der Wortpreissteigerung auf den Haushaltsaufwand ist von dem königlich württembergischen Statistischen Landesamt in Stuttgart durchgeführt worden. In der Novembernummer der „Mitteilungen“ des Amtes sind die Ergebnisse dieser Erhebung mitgeteilt. Sie stellen nur einen Abchnitt einer eingehenden Erhebung zu Anfang des Jahres 1907 dar, die für eine Anzahl von Gemeinden des Landes (im ganzen 39) eine Berechnung darüber anstellte, wie hoch sich ungefähre die Verteuerung des Aufwandes einer fünfstöpfigen Unterbeamtenfamilie (Mann, Frau, drei nicht erwachsene Kinder) für Fleisch, Brot und Milch infolge der erhöhten Preise dieser Lebensmittel berechnet. Diese Untersuchungen hatten für den Durchschnitt der 39 Gemeinden hinsichtlich der Ausgaben für Brot, wobei ein Jahresbedarf von 500 Kilogramm Schwarzbrot (Weißbrot in Schwarzbrot umgerechnet) angenommen war, folgendes ergeben:

im Durchschnitt der Jahre 1901 bis 1904	9,70 Mk.
„ Dezember 1906	9,95 „
„ September 1906	10,10 „
„ Durchschnitt des Jahres 1906	10,10 „
„ Mai 1907	10,15 „

Bei Zugrundelegung der Wortpreise im Monat Oktober 1907 würden sich die monatlichen Ausgaben auf 11,20 Mark stellen = 15,5 Prozent mehr als im Durchschnitt der Jahre 1901 bis 1904. Es kann aber auch festgestellt werden, daß die Verteuerung der Lebensmittel infolge der erhöhten Preise der Lebensmittel infolge der erhöhten Preise dieser Lebensmittel berechnet. Diese Untersuchungen hatten für den Durchschnitt der 39 Gemeinden hinsichtlich der Ausgaben für Brot, wobei ein Jahresbedarf von 500 Kilogramm Schwarzbrot (Weißbrot in Schwarzbrot umgerechnet) angenommen war, folgendes ergeben:

Der Sozialkassenrat hat ein Gutachten über die Befreiung des Arbeiterstandes durch die Sozialkassen abgegeben. Das Gutachten ist ein wichtiger Schritt zur Gleichberechtigung der Arbeiterklasse. Die Sozialkassen sind als ein Mittel zur Bekämpfung der Armut und zur Förderung der sozialen Gerechtigkeit dargestellt. Die Sozialkassen sind als ein Mittel zur Bekämpfung der Armut und zur Förderung der sozialen Gerechtigkeit dargestellt.

Das ist daselbe Gronau, dessen Polizeibehörde f. J. einen Antrag gegen die christlichen Gewerkschaften an die Ortsverwaltung — was aber wegen dessen Unzulässigkeit abgelehnt wurde. Das erklärt man sich! Es wird unermüdet sein, das Gewerbegerichtgesetz dahin zu erweitern, daß auch für Kreise ähnliche Bestimmungen getroffen werden, wie sie jetzt für Städte mit mehr als 20000 Einwohnern bestehen. Die Folge ist das Gewerbegericht bekanntlich obligatorisch.

Versammlungsständer.

- Magen. 4. Febr., 8 1/2 Uhr, bei Franzen, Kleinnurthierstraße 19, Generalversammlung.
- Barmen. 26. Jan., 8 1/2 Uhr, bei Menberg, Bredderstraße 2, Febr., 6 Uhr, bei Gehw. Wanders „Jugend“, Generalversammlung.
- Börsen. 26. Jan., Abrechnung der Vertrauensmänner-Vorhofs.
- Borgholt. 26. Jan., Diatierklub, bei Dierling.
- Colmar i. Elz. 26. Jan., 3 1/2 Uhr, Generalversammlung in der „Stadt Reims“.
- Coitau. 1. Febr., 8 Uhr im Gesellschaftshaus, K. Doring, Kleiner Saal.
- Düren. 26. Jan., 10 1/2 Uhr, Generalversammlung bei K. Rintenberg.
- Erfeld. 2. Febr., 11 1/2 Uhr, bei Heißiger an der Kirche, Generalversammlung.
- Eve i. W. 31. Jan., 7 Uhr, bei Wafeneder, Vertrauensmännerversammlung.
- Fischeln. 26. Jan., 11 Uhr, bei Heinrich Müller, Generalversammlung.
- M.-Gladbach-Eifen. 1. Febr., 7 Uhr, bei Viktor Heimrich, Familienfest.
- M.-Gladbach-Eifen. 2. Febr., 6 Uhr, bei Heinrich Wauer, Unter Eifen.
- Gummersbach. 26. Jan., 4 Uhr, bei Rühr, Kaiserstraße, außerordentliche Generalversammlung, Vorstandswahl.
- Kalbflecken. 26. Jan., 11 1/2 Uhr, bei Alois Eitelberg, Generalversammlung.
- Kaiserberg. 2. Febr., 11 Uhr, bei Egidius Herrmanns, Hofstraße 26, 6 Uhr, bei Peter Güllesen, Generalversammlung.
- Leuth bei Kaldentrichen. 2. Febr., 1/2 6 Uhr, bei Josef Richter im Dorf.
- Neuwert. 26. Jan., 6 Uhr, bei Peter Poppentamps, (Damen), Generalversammlung.
- Nordhorn. 24. Jan., 8 1/2 Uhr, in der Kriegeschule, Generalversammlung.
- Markt-Steinhilf. (Christl. Gewerkschaftskartell). 1. Febr., 8 Uhr, bei Fritz Greger, Vereinshaus, Generalversammlung.
- Stadthaus. 2. Febr., 8 Uhr, im Lokale des kath. Arbeitervereins, Familienabend.
- Stettin. 2. Febr., 5 Uhr, im Gasthof Mainz.
- Schwitort. 25. Jan., 9 Uhr, bei Ringe.
- Walhausen. 1. Febr., 1/2 9 Uhr, bei Joh. v. b. Burg, Generalversammlung.
- Waffenberg. 27. Jan., 7 Uhr, im Waldhotel, Generalversammlung.
- Wubberg. 1. Febr., 9 Uhr, bei Wilh. Berns, Lindenstraße.

Bilanzen

der Konjum- u. Produktiv-Gesellschaft „Selbst-Hilfe“		v. B. m. S. S. in Markisch.	
Aktiva	Passiva		
Debitoren 2% . . . 2.004 58	Gewinnanteile . . . 1.996 89		
Kassenbestand . . . 1.388 89	Neu bestritten . . . 140 08		
Rezeivofonds . . . 140 08	Kreditoren . . . 2.182 58		
Warenbestand nach Faktura . . . 1.192 17	Reingewinn . . . 1.035 92		
Zubentar 10% . . . 682 25			
	Mk. 5354 88		Mk. 5354 88

Zahl der Genossen am 31. Dezember 1906 . . . 107
Zahl der Genossen am 31. Dezember 1907 . . . 133
Zahl der Genossen am 31. Dezember 1907 . . . 133
Zahl der Genossen am 31. Dezember 1907 . . . 133
Zahl der Genossen am 31. Dezember 1907 . . . 133

Berichtigung.

In dem Bericht über die Maßregelung eines Kollegen in Wombachbach ist die Summe, die der gemessene Heizer von der Firma zu fordern hatte, auf 49,40 Mark angegeben. Das ist irrig. Der Kollege hatte nur mehr 29,40 Mark zu fordern.

I. Verbandsbezirk Krefeld.

Während der Ausperrung ist im Versammlungslotale ein Portomann mit Inhalt gefunden worden. Der Verleerer kann daselbe Königsstraße 51 in Empfang nehmen.

IV. Agitationsbezirk (Barmen).

Am Sonntag, den 2. Februar 1908, nachmittags 2 Uhr beginnen, findet in Barmen im Lokale des Herrn Joh. Dapp, Oberdörnerstr. 69, eine außerordentliche Bezirkskonferenz statt. Ich bitte die Ortsgruppen, die durch Statut festgesetzte Zahl der Delegierten zu dieser Konferenz zu entsenden, sowie die Adressen der gewählten Delegierten mir zuzuschicken.

II. Verbandsbezirk Krefeld.

Während der Ausperrung ist im Versammlungslotale ein Portomann mit Inhalt gefunden worden. Der Verleerer kann daselbe Königsstraße 51 in Empfang nehmen.

III. Verbandsbezirk Krefeld.

Während der Ausperrung ist im Versammlungslotale ein Portomann mit Inhalt gefunden worden. Der Verleerer kann daselbe Königsstraße 51 in Empfang nehmen.

V. Verbandsbezirk Krefeld.

Während der Ausperrung ist im Versammlungslotale ein Portomann mit Inhalt gefunden worden. Der Verleerer kann daselbe Königsstraße 51 in Empfang nehmen.

VI. Verbandsbezirk Krefeld.

Während der Ausperrung ist im Versammlungslotale ein Portomann mit Inhalt gefunden worden. Der Verleerer kann daselbe Königsstraße 51 in Empfang nehmen.